

Waldemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Freitag, 22. Dezember 1922.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . KČ 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—
Abnahme
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlieferung des
Reklamations.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

№r. 300.

2. Jahrgang.

Das zweite Jahr tschechoslowakischer Nationalversammlung.

Soeben ist der zweite Teil des Tätigkeitsberichts des Klubs der Abgeordneten und Senatoren der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erschienen, der die Zeit vom 1. Jänner 1921 bis 24. Oktober 1922 enthält. Der nachfolgende Artikel bildet die Einleitung zu diesem Bericht, der in dem Verlag der Volksbuchhandlung Ernst Sattler in Karlsbad erschienen ist und sich betitelt: „Die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik“.

Nach der aller Wirklichkeit widersprechenden und den Interessen beinahe der Hälfte der Bevölkerung entgegenstehenden Staatsideologie ist der tschechoslowakische Staat, begründet durch die „revolutionäre“ Nationalversammlung, verfassungsmäßig „konsolidiert“ worden. Das erste Jahr der Tätigkeit der lokalen Nationalversammlung war darauf gerichtet, hierin fortzuführen und nach den Grundsätzen machiavellistischer Staatspolitik, also den Staat mit den Mitteln zu sichern, mit denen er begründet wurde. Wie unfaßbar das erste Jahr nicht nur für den Ausbau der demokratischen Verfassung, sondern auch für die Durchführung der nach den Schäden des Krieges besonders notwendigen und unumgänglichen sozialpolitischen und kulturellen Aufgaben des Staates gewesen ist, haben wir in unserem vorjährigen Bericht gezeigt.

Das zweite Jahr der Tätigkeit der gewählten Nationalversammlung, auf das sich dieser Bericht bezieht, verstärkt und unterstreicht den Eindruck, den die Erfahrungen des ersten Jahres tschechoslowakischen Staatslebens hinterlassen haben. Das Unrecht, das der nichttschechischen Bevölkerung und insbesondere der deutschen Bevölkerung angetan wurde, bildete die Ursache für jene demokratisch, sozial und kulturell so fragwürdige Koalitionspolitik, in der sich die Regierungswelt dieses Staates erschöpft. Um nicht das logisch Notwendige, das politische Vernünftige tun zu müssen und um den Nichttschechen dieses Staates das im Interesse der wirklichen Konsolidierung gelegene autonome Recht auf dem Boden des geschaffenen Staates verleihen zu müssen, wurde das unnatürliche Bündnis gegenwärtig interessierter Klassen und Bevölkerungsgruppen mit dem Aufgebot aller Macht aufrecht erhalten und auch dann, als die besonders traurige, durch Unkenntnis und Brutalität gekennzeichnete Beamtenregierung von einer zum Teil parlamentarischen ersetzt wurde, als der politischen Weisheit letzter Schluss bewahrt und gepflegt. Aber die Schwäche und Unzuverlässigkeit eines Regierungssystems, bei dem Merkantilisten und Sozialisten, Vertreter von Ausbeutern und Proletariern, agrarische Preisstreiber und am Preisabbau Interessierte vor denselben Karren gespannt wurden, kam mit der Tatsache zum Ausdruck, daß als Kontrollorgan für Regierung und Regierungsparteien die berüchtigte „Bělka“ bestehen bleiben mußte, durch welche oligarchische, jede Demokratie ins Gesicht schlagende Einrichtung die Tschechoslowakische Republik einzig in der Welt dasteht. Die Bělka sollte die Kontinuität der staatlichen Politik repräsentieren und sichern.

Das war freilich nur eine sehr unvollkommene Sicherung und nur dadurch möglich, daß man ängstlich die Lösung jeder großen und wichtigen Lebensfrage des Staates und seiner Bevölkerung mied. Die Erörterung und ernsthafte Behandlung jeder Frage hätte dem unnatürlichen Bündnis ein Ende bereiten, hätte in die Notwendigkeit verfallen müssen, die Bedürfnisse und Wünsche auch der nichttschechischen Bevölkerung zu prüfen. Der Wille der Bělka — Politik erschöpft sich darin, der Lösung jedes ernstesten Problems ängstlich aus dem Wege zu gehen. Das aber lag im Interesse der bürgerlichen Parteien, war ihnen besonders erwünscht, da ihnen ja die Verhinderung oder Verzögerung der großen sozialpolitischen Aufgaben am meisten am Herzen liegt: Den Merkantilisten, die die Kulturaufgabe der Trennung von Kirche und Staat zu sabotieren als wichtigstes Motiv ihres Verbleibens in der Regierung ansehen; den Agrariern, die auf Kosten der konsumierenden, zu einem großen Teil unterernährten Bevölkerung sich zu bereichern weiter als ihr beiläufiges Ziel betrachten und den Nationaldemokraten, denen sich in der Befestigung der kapitalistischen Herrschaft im tschechoslowakischen Gewande Sinn und Bedeutung des Nationalismus erschöpft. Die Kosten der Koalition, die sich nach der Meinung der unheilbaren Chauvinisten vor allem gegen die Deutschen zu richten hat, bezahlen in Wirklichkeit die proletarischen Massen aller Nationen dieses Staates, natürlich auch die der tschechischen. Von einer Klassenpolitik im In-

Die französischen Moratoriumsbedingungen.

Berlin, 21. Dezember. (Eigenbericht.) Wie eine hiesige Korrespondenz aus Paris erzählt, sind die französischen Moratoriumsbedingungen bereits festgesetzt worden. Frankreich fordert: Anerkennung der alliierten Finanzkontrolle, Ausnahme einer inneren Goldanleihe, Durchführung der von den Alliierten als notwendig bezeichneten Reformen, Kontrolle der Eruben und Märkte im Westen des Reiches. Frankreich soll für diesen Plan die Zustimmung Amerikas bereits gewonnen haben. Dagegen steht die Antwort Englands noch aus.

Eine andere Meldung besagt, daß die deutsche Regierung gezwungen werden soll, auf den gesamten unabweislichen Besitz eine 25 prozentige Hypothek direkt oder indirekt durch die Reichsbank aufzunehmen, deren Zinsenbetrag entweder zum Ankauf von Rohstoffen oder zu Reparationszahlungen oder zur Amortisation der deutschen Schuld verwendet werden soll.

Alle diese Nachrichten sind noch unbestätigt. Bemerkenswert ist, daß die letzte Meldung die Erfassung der Sachwerte als Forderung der

Alliierten bringt. Die Erfassung der Sachwerte haben die Sozialdemokraten längst gefordert, nur wollten sie die Beschlagnahme zugunsten der deutschen Wirtschaft durchführen, während ihr Ertrag nun dem alliierten Kapital zustehen soll.

Die Forderung der deutschen Industriellen:

Beseitigung des Achtstundentages.

Berlin, 21. Dezember. (Eigenbericht.) Es veranlaßt, daß die Industriellen von der Regierung als Gegenleistung für ihre Hilfe bei der Lösung der Reparationsfrage die Förderung der Produktion, das heißt in ihrem Sinne die Beseitigung des Achtstundentages fordern. Die Arbeitervertreter, die in der Reparationsfrage Freitag mit der Regierung verhandeln sollen, werden gegen diese Pläne entschiedenen Einspruch erheben.

„Deutschland muß uns bezahlen“.

Paris, 21. Dezember. (Savas.) In Beantwortung von Interpellationen erklärte Ministerpräsident Poincaré im Senat u. a., daß er die Beunruhigung und Aufregung der Gemüter, welche durch die ständige Verschleppung taktisch Deutschlands verursacht sei, voll verstehe. Er bemerkte aber, daß man die Ansichten, welche in dieser Hinsicht ausgedrückt werden nicht dahin auslegen dürfe, daß Frankreich auch nur teilweise auf seine Forderungen verzichtet hat. Poincaré hätte fast nichts, was er seiner in der Kammer abgegebenen Erklärung hinzufügen konnte. Er konstatierte bloß, daß Deutschland in seinen Fehlern und Verschuldungen beharre und daß die deutschen Magnaten sich zum Schaden des deutschen Volkes bereichern. Die Inflation wachse ständig und die wirtschaftliche und finanzielle Zerrüttung könnte die bedauerlichste Katastrophe zur Folge haben. Poincaré beharrte darauf, daß Deutschland

sich selbst systematisch ruiniert habe. Heute werden neue deutsche Vorschläge angekündigt, die wahrscheinlich dahin zielen werden, daß das Moratorium verlängert werde. Es ist aber die Frage, ob Deutschland tatsächlich seine Finanzen sanieren wird. Die Vergangenheit macht uns in dieser Hinsicht ungläubig. Deutschland muß auf eine aktive Kontrolle eingehen. Wenn wir auch Geduld üben wollen, können wir physisch nicht weiter zutreten. Der Betrag, den wir für Deutschland erlegt haben, wird in der nächsten Zeit an 100 Milliarden erreichen und wir müssen darauf beharren, daß das Jahr 1923 für die Erneuerung der verfallenen Gebiete und die Hebung des nationalen Wohlstandes entscheidend werde. Daher muß Deutschland uns bezahlen. Der Friedensvertrag gibt uns das Privilegium auf die deutschen Staatsgüter und ich erwarte dieses Privileg als eine konkrete Realität.

Der Lohnstreit im Buchdruckergerwerbe beigelegt

Die drohende Streitgefahr im Buchdruckergerwerbe ist gestern beigelegt worden. Der offizielle Bericht, den das Tsch. P. über das Ergebnis der Verhandlungen ausgibt, hat folgenden allzu knappen Wortlaut:

Am 4. Dezember l. J. wurden die Verhandlungen wegen Herabsetzung der Feuerungszulage im graphischen Gewerbe begonnen, die aber ergebnislos waren. Die Vertreter der Organisationen trennten sich, ohne eine Einigung zu erzielen und es drohte die Gefahr eines Lohnstreites. Um einem Konflikt vorzubeugen, hat der Minister für soziale Fürsorge G. P a b r m a n die Vermittlung übernommen und den Gewerbeinspektor Ing. Voh. P o k o r n y mit der Führung der Verhandlungen betraut. Nach zweitägigen Verhandlungen zeigte es sich, daß die beiden Standpunkte so weit voneinander entfernt sind, daß es nicht möglich war, eine Einigung zu erzielen. Deswegen war es notwendig, die Angelegenheit dem Minister für

soziale Fürsorge vorzulegen. Nach Anhören von Vertretern der beiden Parteien und nach Mitteilung der Höhe der geforderten Herabsetzung des Feuerungszuschlages seitens der Arbeitgeber wie auch des Angebotes der Angestellten entschloß sich der Minister, daß die ziffermäßige Herabsetzung des Feuerungsbeitrages in Prag in der Gruppe C (voller Minimallohn) 25,50 K wöchentlich mit Gültigkeit vom 1. Jänner 1923 betrage. Beide Parteien erklärten, sich dieser Entscheidung zu unterwerfen.

(Die Unternehmer halten die Forderung auf Herabsetzung des Feuerungsbeitrages bis auf 35 Kronen reduziert, die Gewerkschaft nur bis zu 12 K die Reduzierung bewilligen wollen. Auf der Grundlage dieser Standpunkte wurde das Kompromiß geschlossen. Die beschlossene Herabsetzung gilt nicht nur für Prag, sondern für ganz Böhmen, Mähren und Schlesien. Am. d. Red.)

teresse der Arbeiter und Angestellten, der kleinen Bauern und kleinen Gewerksleute ist keine Rede mehr. Von einem Termin zum anderen wird die Lösung der wichtigsten Fragen hinausgeschoben.

Das Resultat vierjähriger tschechoslowakischer Staatslebens besteht darin, daß wir uns in einer schweren wirtschaftlichen Krise befinden. Daß daran die gesamten europäischen Verhältnisse einen Großteil der Schuld mittragen, soll nicht in Abrede gestellt werden. Aber nicht die ganze Schuld; unsere Außenpolitik, unsere Wirtschaftspolitik und Handelspolitik ist noch immer nach der französischen Politik orientiert. Und doch kann ein ernst und verantwortlicher Denker sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß eine Besserung in den tristen Zuständen, unter denen insbesondere die mitteleuropäischen Staaten leiden und in die täglich mehr auch die übrigen hineingerissen werden, nur eintreten könne durch die Befestigung der Pariser Friedensschlüsse, insbesondere dadurch, daß der Abbau der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles endlich begonnen wird. Aber was nicht nur Vernunft und Einsicht, sondern auch das eigene Staatsinteresse fordert,

findet weder in unserer Außenpolitik noch in unserer Wirtschaftspolitik Widerhall. Die Politik, die Frankreich gegen Deutschland einschlägt, richtet auch uns zugrunde. Die im Gefolge der französischen Reparationspolitik eintretende Entwertung der deutschen Mark verschloß von Produkten unserer Industrie den Markt, führte zur Schließung der Hochöfen, zur Schließung von großen Betrieben und zu der ins Katastrophale gewachsenen Arbeitslosigkeit, bewirkte Lohnabbau und schwere Lohnkämpfe, bei denen die Arbeiter in die Verteilungsstellung gedrängt wurden, ohne die durch das Steigen unserer Krone erhoffte, den Lohnabbau rechtfertigende Preiserniedrigung der wichtigsten Lebensbedarfsartikel zu bringen. Und doch machen die Lenker des Staates die Grundzüge der französischen Politik sich zu eigen und fördern neben dem europäischen Bankrott vor allem unsere eigenen!

Im Dienste dieser ruinösen Politik steht unsere Diplomatie. Die Kleine Entente, auf deren Führung Dr. Beneš so stolz ist, ist ein Werkzeug der französischen Orientierung, ist ein Hindernis mehr zur endlichen Abrüstung in ganz Europa.

Der Friede ist noch immer, wie in den Zeiten vor dem Weltkriege, ein bewaffneter Friede. Die Zahl der Soldaten in den siegreichen Staaten — vorzuzählen bedarf es auch dazu — ist nach den Feststellungen des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Ritti größer, als vor dem Kriege und in dem „friedlosen Europa“, wie er das gegenwärtige Europa in seinem Buche nennt, spielen wir die Rolle eines Militärpolizes, dessen ungeheure Kosten einen Großteil unseres im Gewaltigen angewachsenen Budgets bilden, zur drückendsten Belastung der arbeitenden Schichten führen, reiche Mittel einer wirtschaftlich und kulturell besseren Verwendung entziehen und die nach dem Kriege besonders notwendige Erziehung zu friedlichem und zivilisatorischen Denken hemmen.

Nach wie vor stellen wir dieser nationalistischen Prestigepolitik, die dem damit zusammenhängenden Rüstungswahnsinn, dieser die Völker trennenden und verfeindenden Diplomatie das klare Programm der allgemeinen Entwaffnung, der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Staaten, der Forderung der Aufhebung aller Sonderbündnisse entgegen. Reden und Anträge der deutschen Sozialdemokraten bewegten sich gelegentlich der Budgetdebatte und bei anderen Anlässen in der Richtung dieser grundsätzlichen und allein nützlichen Außenpolitik. Diesen unseren Standpunkt wollen wir durchaus nicht verwechseln mit der verlogenen, passivität schreitenden Komödie, die gelegentlich der vorjährigen Mobilisierungsdebatte die deutschbürgerlichen Parteien aufführten. Die deutsche Sozialdemokratie nahm entschieden gegen die Mobilisierung Stellung. Aber nicht, wie es bei den Deutschbürgerlichen der Fall war, aus Gründen einer geheimen Sympathie für Reaktion und Monarchismus, sondern in der Überzeugung, daß der Schatz der demokratischen und republikanischen Einrichtungen auf dem Wege der Verständigung leichter möglich sei, als mit dem Mittel der Mobilisierung, die unter allen Umständen Kriegesgefahr bedeutet. Die deutsche Sozialdemokratie nahm die damalige Situation zum Anlaß, um die eines demokratischen Staates unwürdige Bestimmung der Verfassung zu bekämpfen, nach welcher die Mobilisierung und damit auch die Entscheidung über Krieg und Frieden der Nationalversammlung entzogen wird.

In eigenen Gesetzentwürfen haben die deutschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus und Senat sich um die Besserung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats bemüht. Ernährungsfrage, Arbeitslosigkeit, die durch die Krise und den verheerenden Lohnabbau hervorgerufenen Abwehrstreiks haben sie auf den Plan gerufen. Mit Zähigkeit und Ausdauer wurde um jede Position gekämpft. Gegen eine geschlossene und antisozial funktionierende Majorität auf parlamentarischem Boden ihren Willen durchzusetzen, war vielfach unmöglich. Trotzdem wäre es verfehlt, wegen der Unzulänglichkeit der parlamentarischen Mittel, deren Wirkungsgrenzen niemand besser erkennt als die Vertrauensmänner unserer Partei, das Parlament als Kampfboden nicht zu beklagen. Das wäre verfehlt, nicht nur deswegen, weil kleinere Erfolge auch in den schwierigsten Verhältnissen, insbesondere in der Abwehr, auf parlamentarischen Boden erlangt wurden, sondern auch deswegen, weil die Überhöhung und Verhimmelung des außerparlamentarischen Mittel, mit denen die Kommunisten ihre Agitation betreiben, eine bewusste Täuschung darstellen. Noch immer ist das Parlament ein Instrument im Ringen der politischen und bis zu einem gewissen Grade auch der sozialen Machtfaktoren.

In allen Einzelheiten dieses Berichtes werden die Genossen und Genossinnen erkennen, daß die parlamentarischen Vertrauensmänner des arbeitenden Volkes starken Willen und zähe Beharrlichkeit in der Vertretung der proletarischen Interessen bezeugten. Ihre Tätigkeit kann gerechtfertigt nicht an dem gemessen werden, was sie erreicht haben — die Majoritätsverhältnisse im Parlament konnten sie nicht ändern, die kapitalistische Ordnung und die durch den Krieg und die Nachkriegsverhältnisse hervorgerufenen wirtschaftlichen Zustände nicht beseitigen — sondern an dem, worum sie sich bemüht haben.

In der Außenpolitik, in der Sozialpolitik, bei der parlamentarischen Erörterung kommunistischer Aufgaben, bei der Debatte über die rechtswidrige Einweisung der Gemeindefunktionäre, in der Bekämpfung des Militarismus, in Schul-, Rechts- und Verwaltungsfragen, bei der Erörterung von Handels- und Verkehrsproblemen, in der Debatte über das Budget, über den Finanzplan, über die Einführung der Vorkriegsrente und Kriegsanleihe, über die Kreditfrage, an das notleidende Vesterreich haben die Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sich um Verbesserungen bemüht. In jeder Frage gingen die Beratungen in den Plenarsitzungen eine eingehende Beratung in den Diskussionen voraus,

in denen jeder Gegenstand der Tagesordnung nach allen Richtungen behandelt und beleuchtet wurde. Ihre Tätigkeit war gerichtet auf den Schutz der Interessen von Arbeitern und Angestellten der Industriebetriebe, auf dem Lande als auch der öffentlichen Körperschaften. Gegen die Schandgesetze im Dezember, wodurch das ohnehin dürftige Einkommen der Staatsbeamten und Lehrer verringert, die Parität zwischen Lehrern und Staatsbeamten aufgehoben wurde, haben sie mit aller Kraft gekämpft. Und als das Gesetz angenommen war, haben sie einen die Wiederherstellung des früheren Zustandes begehrenden Gesetzesantrag sofort wieder eingebracht.

In der Debatte über die Wiederherstellung der Parität begnügten sich die deutschen Sozialdemokraten nicht bloß damit, das Unrecht der durch das Dezembergesetz aufgehobene Parität wieder gutmachen zu wollen, sondern sie stellten auch die Forderung auf Rückführung der seit einem halben Jahr gemachten Abzüge. Die Ablehnung ihrer darauf bezüglichen Anträge wird sie in der Forderung nach dieser Gutmachung nicht erlahmen lassen. Nicht bloß das Interesse der Lehrerschaft, sondern auch das der Schule rief die sozialdemokratischen Vertreter auf den Plan. Die verdrückten Drosselungen deutscher Schulen, die ärgste durch nichts zu rechtfertigende Schändlichkeit tschechisch-slowakischer Politik, fanden durch unsere Vertreter in beiden Häusern scharfste Abwehr. Das kleine Schulgesetz, durch dessen Vortage die Regierung die soziale und kulturelle Notwendigkeit einer ersten Schulreform auf die lange Bank schiebt und durch das sie unter dem heuchlerischen Scheine eines kulturellen Fortschrittes in Wirklichkeit nur die herrschenden Koalitionsgenossen befriedigt, wurde in dieser Form auf scharfste von uns bekämpft. — Nicht nur die aktiven Staatsbeamten und in Arbeit stehenden Professore, auch Pensionisten und Arbeitslose nahmen einen wichtigen Teil der parlamentarischen Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie in Anspruch.

Die deutschen Sozialdemokraten, Abgeordnete und Senatoren, haben auch im zweiten Jahr proletarische, sozialistische Politik betrieben. Wenn ihr Tun nicht mit jenem Erfolge belohnt wurde, welche die angestrengteste Tätigkeit und die treue Hingabe an die übernommenen Aufgaben verdient hätte, so liegt die Ursache in den ungeheuren Schwierigkeiten, die den parlamentarischen Arbeitern im Wege standen: die allgemeine Wirtschaftskrise in der ganzen Welt, ihre Steigerung durch die Kriegen- und Wirtschaftspolitik der tschechoslowakischen Republik, die das Wirken der lebendigen Kräfte des Sozialismus hemmende Koalition aller tschechischen Parteien und die Spaltung der proletarischen Massen nach Nationen und Richtungen.

Die Hoffnung, daß die sozialdemokratische Politik in kommender Zeit auch auf parlamentarischem Boden fruchtbarer werden wird, läßt sich nicht allein darauf, daß die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie wie bisher ihr Wissen und Können in den Dienst der proletarischen Interessen stellen werden, sondern auch auf die Ueberzeugung, daß die Entwicklung der Verhältnisse mit Notwendigkeit zur Auflösung des unnatürlichen Koalitionsbündnisses führen wird, daß sie die Annäherung der Proletariate aller Nationen dieses Staates fördern und die speziellen sozialistischen Aufgaben fruchtbarer machen wird.

Schon drückt sich die innere Unwahrheit der Koalition in den deutlich sprechenden Tatsachen aus, daß sie einerseits abtrübselt, andererseits schon zu verfallen beginnt. Nach dem Abfall der Radikalen in der Slowakei und der Gewerkepartei ist die Majorität auf ein Duzend eingeschrumpft und vertritt immer schlechter ihr zugewandte Belehungsproben. Wahre doch die Regierung am letzten Sitzungstage der an Blamagen reichen Frühjahrssession ihr Krieganleihegesetz zurückziehen, weil die nationaldemokratischen und nationalsozialistischen Teilhaber der Koalitionsfirmen gegen den Antrag ihrer eigenen Regierung zu stimmen entschlossen waren. Und auch andere Gesetzesvorlagen mußten aus ähnlichen Gründen zurückgezogen werden, wie die über die Zucksteuer und Wehrerleichterungen. Die Bewahrung von der Konsolidierung der Regierungsparteien erhält durch die politische Wirklichkeit ihre richtige Beleuchtung. Die „moralische“ Fundierung der Koalition wird verdeutlicht durch die rohen und gewalttätigen Szenen, die sich anfänglich der Verhandlung über die Verstaatlichung der Aufzugsbahnen Bahn abspielten, provoziert durch die Gewaltpolitik und den Wreckbruch der Regierung, wie die deutschen Sozialdemokraten in einer ernsten und würdigen Erklärung im Abgeordnetenhaus feststellten.

Soweit aber die engen Grenzen, die der sozialdemokratischen Politik in ihrer Wirksamkeit gesetzt waren, bedingt waren durch die allgemeinen über den politischen Einfluss in unserer Republik hinandreichenden Umstände, so hoffen wir, gestützt auf unsere sozialistische Einsicht in die geschichtlich notwendige Entwicklung, daß die Entschärfung die das kapitalistische System erfahren hat, weitergehen und in der Folge wie dem Proletariate der ganzen Welt, so auch dem unseren eigenen Staates größere Wirkungsmöglichkeiten bringen wird. Das Schicksal des Proletariats in jedem Staate bestimmt sich nicht nur durch die politischen Geschehnisse in diesem Staate selbst, sondern durch die sozialen Geschehnisse der ganzen Umwelt. Darum kann das, was die deutsche Sozialdemokratie dieses Staates an Erfolgen und Enttäuschungen erfahren, die Ueberzeugung und die Tatfreudigkeit derer nicht erschüttern, die von dem sozialistischen Proletariat damit beirret wurden, ihre Interessen in der Nationalversammlung der tschechoslowakischen Republik zu vertreten und die diese Aufgabe, wie aus den Einzelberichten zu ersehen ist, mit gewissenhafter Hingabe erfüllt haben.

Die Gesetzmaschine klappt auch im Senat.

12 Gesetze in der siebenköpfigen Schätzung angenommen.

In der gestrigen Sitzung des Senats wurde das Eilzugtempo, das schon in der vorigen Sitzung ange schlagen wurde, in verstärktem Maße fortgesetzt. Deutlich war das Bestreben bemerkbar, die Verhandlungen möglichst abzukürzen und die Sitzung — die die letzte in diesem Jahre ist — baldigst zu beenden. Es gelang das auch, da ja die Koalitionsparteien über die strittigen Fragen längst einig geworden sind.

Die gestrige Sitzung eröffnete Vorsitzender Praxel um 5 Uhr 25 Min.

Nach zweiter Lesung des Gesetzes über die künstlerische Ausgestaltung der vom Staate ausgegebenen oder subventionierten Kunstgegenstände und nach Anerkennung der Dringlichkeit für die in der heutigen und morgigen Sitzung zur Beratung kommenden Gesetzentwürfe wurde zur Behandlung des

Österreichischen Sanierungsgesetzes

geschritten. Nach den Berichten der Referenten sprach Senator Genosse Rehner,

der darauf hinwies, daß das neue Österreich, das aller Hilfsquellen beraubt ist, selbst nicht lebensfähig sein kann. Es wurde ihm aber trotzdem die Aufgabe zugewiesen, ein Staatswesen aus den Trümmern aufzubauen. Diese Aufgabe konnte der neugebildete Staat um so weniger lösen, als er dieses Welt inmitten einer zerstörten, aus der Bahn gescleuberten Welt vollziehen sollte. Angesichts dieses ganz klaren Tatbestandes kann man nur mit Erstaunen wahrnehmen, daß sich bei Beurteilung der Dinge von hier aus Anschauungen bemerkbar machen, welche darauf gerichtet sind, Österreich selbst und seine bisherigen Verwaltungen die Schuld an der Zerrüttung und an dem Verfall zuzuschreiben. Es hat großes Erstaunen hervorgerufen, daß sogar ein tschechischer Sozialdemokrat glaube, die früheren Regierungen sind an den Zuständen Österreichs schuld, weil dieses Österreich und seine Verwaltung sorglos dahingelassen habe, ohne sich um etwas zu kümmern, genau so sorglos, wie es während und vor dem Kriege gesehen ist.

Es ist sicher, daß auch dort Fehler gemacht wurden. Die Lasten bleiben doch bestehen, daß unter alten neuen Staaten Österreich sicher den schwersten Stand gehabt hat und daß es ihm am schwersten gemacht wurde, die Grundlagen seiner Existenz und seines wirtschaftlichen Emporbühens zu finden. Erst als die Gefahr einer Katastrophe aufs höchste gestiegen war und die Nachbarstaaten ins Ende hineinzureichen drohte, haben sich die Großmächte und die übrigen Signatarmächte darauf besonnen, daß dieser Zusammenbruch gefährlich wäre in wirtschaftlicher und politischer Beziehung und daß man daher etwas tun müsse, um diesen Zusammenbruch zu verhindern. So kam das Genfer Uebereinkommen zustande. Diesem Abkommen muß man jedoch das größte Mißtrauen entgegenbringen, da es kaum durchführbar sein wird, den vollständig finanziell zerrütteten Staat dadurch auf die Beine zu bringen, daß man durch Kredite sein Budget — an dem man im übrigen rückfälliges Anleihe machen wird — binnen zwei Jahren ins Gleichgewicht bringen will. Wir sehen schon jetzt die Folgen des Genfer Uebereinkommens in Österreich. Man verzeichnet in Wien allein 80.000 Arbeitslose, deren Zahl ständig wächst, nachdem Österreich heute nicht mehr von der Scheinlunzuren leben kann, von der es jahrelang gelebt hat. Die Hilfe, die man Wien erteilt, kann nur als eine momentane angesehen werden; zu einer dauernden kann sie nicht werden, weil sie einseitig und unvollkommen ist.

Der Kredit, der Österreich aufhelfen soll, ist jedoch an Bedingungen geknüpft, die eine Schändung der Demokratie, eine Verletzung der Souveränitätsrechte des Staates, eine Ausschaltung der Tätigkeit, der Wirksamkeit seines Parlaments, seiner freigeählten Volksvertretung zugunsten des internationalen Bankkapitals bedeuten. Dieser Vertrag bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als die Unterjochung des österreichischen Volkes unter das internationale Bankkapital. Die Gefahr, die darin auch für uns liegt, ist nicht zu unterschätzen. Heute ist es Österreich, das getrieben wird, morgen kann es Deutschland sein, das auch auf der tiefsten wirtschaftlichen Ebene ist. Dieser Schritt ist eine Bedrohung auch der Demokratie Deutschlands und darum können wir diesen Schritt nicht gutheißen. Es hat sich überhaupt die Meinung herausgebildet, daß man einem Staate, der von Deutschen bewohnt ist, alles bieten kann.

Es klingt wie ein Hohn, wenn man die Genfer Protokolle liest, deren Erstes mit einer feierlichen Rundgebung für die Souveränität und die Hoheitsrechte des österreichischen Staates beginnt und in dem es heißt, daß die Mächte, die diese Protokolle fertigen, die politische Unabhängigkeit Österreichs ebenso respektieren können, wie seine Unteilbarkeit und Souveränität. Es ist ganz klar der Vergleich auf alle Verfassungen, in anderer Weise die Verhältnisse Österreichs zu sanieren und vor allem jemals den Anschluss an Deutschland anzustreben, ausgebrückt. In Wirklichkeit sieht die Souveränität und sehen die Hoheitsrechte Österreichs so aus, daß ein Generalkommissär eingesetzt wird, der schrankenlos scharfen und walten kann, denn der außerordentliche Rabinettor, der ihm beratend zur Seite gestellt ist, wird keinerlei Möglichkeit haben, ihn an der Ausübung dieser Funktion zu hindern. Wohl wird Österreich der Appell an den Völkerbund freistehen, aber in diesem Völkerbund ent-

scheiden wieder jene Mächte, welche diesen Vertrag unterschrieben haben und es ist daher klar, daß Österreichs Stimme gegenüber allen Verfügungen dieses selbstherrlich waltenden Generalkommissärs wirkungslos verhallen muß. Die Befürchtung, daß dieser Sklavenvertrag länger als zwei Jahre in Wirksamkeit bleiben werde, ist sehr nahe, und es ist höchst zweifelhaft, daß Österreich in dieser Zeit seine Verpflichtungen wird erfüllen können. Die Mächte werden auch weiterhin eine Sicherstellung in ähnlicher Weise verlangen. Es ist ja selbstverständlich, daß die Staaten, welche Österreich Garantie leisten, hierfür auch eine gewisse Sicherstellung erhalten. Dazu würde aber vollkommen das Recht der Pfändung gewisser Einnahmen des Staates ausreichen.

Wogegen wir uns wenden, das ist die Schmach der Fremdherrschaft, die man Österreich auferlegen will. Die kapitalistischen Klassen sind nicht nur in Österreich, sondern auch bei uns und überall der Demokratie feindselig, seitdem durch die Demokratie die Arbeiterklasse in den Staaten zu einem gewissen Einfluss gekommen ist. Darum sucht man die Demokratie zu untergraben, den Parlamentarismus zu vernichten.

Die Vorlage bedeutet auch eine unbefugte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs, was auf alle Fälle zu verurteilen ist: Wir wollen, daß Österreich geholfen wird, weil das auch eine Lebensfrage für diesen Staat ist. Wir protestieren jedoch gegen die Unterjochung Österreichs und werden daher gegen die Vorlage stimmen.

Nach der Rede des Sen. Bedeur-Wischel (D.Nat.), der erklärte, daß jedes, auch das bescheidenste Mittel, um Österreich zu helfen, zu begrüßen sei, und nach dem Schlussworte des Referenten wurde darauf die Vorlage in erster und zweiter Lesung angenommen. Für die Vorlage stimmten auch die Deutschnationalen.

Angenommen wurde weiter das Vermögenssteuergesetz für den Finanzminister über die Garantien des an Österreich zu gewährenden Sanierungskredites.

Beim nächsten Gesetzentwurf, der den pensionierten Konfessions- und Gemeindefunktionären in der Slowakei eine einmalige Zuwendung bewilligt, kommt es zwischen den Slowaken und den tschechischen Sozialdemokraten zu Wortwechseln, da die Slowaken die Zuwendung als ungenügend zurückweisen. Das Gesetz wurde schließlich angenommen.

Zu der Vorlage über die weitere Terminierung der Arbeiterkrankenversicherung ergriff auch

Senator Genosse Jarolim

das Wort und erklärte, daß es das Bestreben der bürgerlichen Parteien sei, die Krankenversicherung der Arbeiter zu verschlechtern. Daher befriste man dieses Gesetz immer wieder, um Spielraum zu haben. Besonders die Agrarier sind bestrebt, die Selbstverwaltung der Krankenkassen herabzusetzen und zu zerplündern. Bei diesen Worten geraten unsere Genossen mit den Agrariern in eine heftige Auseinandersetzung und es hat den Anschein, als ob es zu Gewalttätigkeiten kommen würde. Genosse Jarolim beendet im allgemeinen den seine Ausführungen, die in der Forderung nach baldiger Vornahme der Wahlen in die Bezirkskrankenkassen ausgehen.

Zu neuen Zusammenstößen zwischen unseren Genossen und den Agrariern kommt es, als Gen. Anesh („B. d. L.“) in seiner Rede für die landwirtschaftlichen Krankenkassen eintritt. — Der vorgelegte Gesetzentwurf wird schließlich mit den Stimmen der deutschen Agrarier und Nationalen angenommen.

Ohne Aenderung wird dann auch das Gesetz über die Trennung und Vereinnung von Gemeinden angenommen, obwohl sich einige Konträrener in der Debatte bemähen, die Nachteile dieses Gesetzes klar zu legen.

Zu diesem Gesetzentwurf sprach auch

Senator Genosse Hladik,

der darauf hinwies, daß viele Gemeinden heute nicht in der Lage sind, ihre sozialen und wirtschaftlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Durch die Zusammenlegung der Gemeinden, die von nationalen Gesichtspunkten durchgeführt werde, erleiden diese Gemeinden ungeheure Umlagen. Redner verweist auf das Beispiel von Groß-Práan, wo man Gemeinden mit Brünn vereinigt hat, die eine große Strecke von Brünn entfernt sind. Während also hier die Zusammenlegung etwas Verschlehtes darstellt, gibt es beispielsweise bei Karlsbad Gemeinden, die die Vereinnung mit Karlsbad nicht erwirken können. Genosse Hladik bespricht dann die einzelnen Punkte der Vorlage, weist ihre sozialen und demokratischen Mängel nach und erklärt, daß die Partei gegen das Gesetz stimmen werde. (Beifall.)

In weiterer Erledigung der Tagesordnung wurde hierauf das Gesetz über den Reparationskredit angenommen.

Sobald wird das Gesetz über die Versehbarkeit der Staatsbeamten in Beratung gezogen. Senator Genosse Friedrich äußert gegen das Gesetz rechtliche Bedenken, denn nach der Dienstordnung für die Eisenbahner haben diese erworbene Rechte, welche durch den vorliegenden Entwurf berührt werden. Man sollte darüber nicht hinweggehen, sonst schaffe man ein Präjudiz. Schließlich beruhe das gesamte zivilisierte Leben des Staates und der Gesellschaft auf der Achtung vor dem Gesetz. Wenn wir sehen, daß über erworbene Rechte zur Tagesordnung übergegangen wird, verlieren wir den

Glauben an die Gerechtigkeit. Auch der Paragraph 23 der Dienstordnung für Staatsbeamte spricht wohl von der Verwendung der Beamten in einer anderen Dienstordnung, nicht aber von ihrer Verlegung. Redner zweifelt auch an der praktischen Durchführbarkeit des Gesetzes und stellt keine Garantien dagegen, daß es mißbraucht wird. Eine Verlegung sei immer eine wirtschaftlich mißliche Sache und man müsse Garantien für eine rigorose Durchführung des Gesetzes in den notwendigsten Fällen schaffen. Unsere Partei werde gegen die Vorlage in ihrer jetzigen Form stimmen. (Beifall.)

Inland.

Protestversammlung der Staatsangestellten gegen das Gehaltsabbaugesetz. Die von der Bezirksorganisation Prag einberufene Protestversammlung fand Donnerstag, den 21. Dezember, unter zahlreicher Beteiligung (satt. Gen. Strauß eröffnete die Versammlung und erteilte nach Wahl des Präsidiums dem ersten Referenten Abg. Gen. Hadenberg das Wort. Gen. Hadenberg erwähnte vorerst, daß es nicht das erste Mal sei, daß die Regierung den Staatsangestellten einen Gehaltsabbau als Weihnachtsgeschenk darbringe. Das im Vorjahre gegebene Versprechen, alle Gärten des vorjährigen Gesetzes abzubauen, wurde nicht eingehalten, vielmehr die Öffentlichkeit am 12. Dezember d. J. mit einer neuen Vorlage überrascht. Der Titel ist ein recht unschuldiger. Regelung der Bezüge der Bediensteten des Staates, Länder und Gemeinden. Die Devisen ist, überall zu sparen, nur nicht am Militarismus. Der Staat hat angeblich zu viel Angestellte, über 300.000, weil nämlich sehr viele Protektionskinder nach dem Umsturz angestellt wurden. Der Aufwand für Bezüge beträgt acht Milliarden, aber dabei stehen die Angestellten tief unter dem Paritätensniveau. Das Argument der Agrarier für den Abbau ist, daß dieses Jahr die Kartoffeln gut geraten sind. Aber die Fleischpreise sind noch enorm hoch, ebenso die Preise aller anderen Lebensmittel. Man beruft sich auf den Abbau der Löhne und Gehälter in der Industrie, aber dieser Abbau ist ebenso ungerecht wie der Abbau des Einkommens der Staatsangestellten. Deshalb fühlen sich auch die Arbeiter mit den Staatsangestellten solidarisch. Das Parlament hatte zur Beratung der Vorlage nur acht Tage Zeit, das Gesetz wurde im Eilzugtempo durchgepeitscht. Doktor Kofchin ist der geistige Urheber des Gesetzes. Der Redner zeigt an verschiedenen Beispielen die Härten der einzelnen Bestimmungen auf und zeigt insbesondere, daß das Parlament der Regierung das Recht gegeben hat, die verschiedenen Zulagen in Zukunft nach Gutdünken abzubauen, ohne das Parlament befragen zu müssen. Leider haben sich die Angestellten selbst zu wenig energisch gewehrt. An den Angestellten ist es die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Darauf sprach Gen. Cermak: Das Parlament erfreut sich bei uns nicht besonderer Sympathie und Achtung, aber was schlimmer ist, man glaubt sich überhaupt nicht um Politik kümmern zu müssen. Das ist falsch und besonders falsch beim Staatsbediensteten, weil er nicht nur als Staatsbürger, sondern auch als Arbeitnehmer an den Staat geknüpft ist. Auch der Staatsangestellte muß sich um die Politik kümmern und Anschluss an jene Klasse suchen, deren Interessen mit den seinen identisch sind, an die Arbeiterklasse. Wenn Herr Doktor Kofchin die Vorlage ist und sein Klubkollege Dr. Kofka sich wohl gegen die Verlesung der Staatsbeamten aber nicht gegen die Verlesung der deutschen Arbeiter wendet, so muß Ihnen dies die Augen öffnen, daß die bürgerlichen Parteien, auch wenn sie in der Opposition sind, doch Blut vom Blute der bürgerlichen tschechischen Parteien sind. Die Staatsangestellten müssen ihre wirtschaftlichen Organisationen ausbauen. Sie sind hergekommen, um zu hören, wie man Ihnen helfen soll. „Die Hufe wird aus ihnen selbst kommen, wenn Sie Ihre Kräfte zusammenfassen. An Ihrer Seite werden Sie stets die Arbeiter und unsere Partei finden, weil wir für alle arbeitenden Menschen arbeiten und kämpfen.“ Lebhaftige Zustimmung der zahlreich erschienenen Staatsangestellten begleitete die Ausführungen der Referenten. — Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden wurde die Versammlung, die gezeigt hatte, daß die deutschen Staatsangestellten Prag an der Seite der übrigen weiter- und Angestellten gegen die Verlesung der arbeitenden Menschheit kämpfen wollen, geschlossen.

Zum Vertreter der tschechoslowakischen Gruppe der interparlamentarischen Union der permanenten Kommission für die Ueberprüfung der Minoritätenfragen bei der interparlamentarischen Union in Genf wurde Abg. Antonin Uhlitz gewählt.

Neuwahlen in S. S. S.

Beograd, 21. Dezember. In der Nachmittags-Sitzung verlas Paskić den königlichen Ukas betreffend die Auflösung des Parlamentes. Die Neuwahlen sind für den 18. März 1923 festgesetzt. Das neue Parlament wird am 16. April zusammentreten.

Ultimatum der Türkei.

Sanfanne, 19. Dezember. (Sabas). Ein Mitglied der türkischen Delegation erklärte dem Korrespondenten der Agence Sabas, daß die Türken die Verhandlungen abbrechen werden, falls sie bis morgen vier Uhr in der Meerengenfrage nicht zufriedengestellt werden.

Tages-Neuigkeiten.

Vor Weihnachten.

Von Max Dorn.

Der Tag ist so kurz wie die Schritte der Kinder.
Der Sturm ist der Nächste schauriger Kinder.
Die Wollen zerreiben sich ihre Leiber.
Im Niederknie janken die Reibeweiber.
Dezember! Dezember!

Der Nikolaus stolpert schwer über die Treppen
Kinder: Unheil! Laus! euch verrecken!
Die Nägele supfen im Dorse die Gänse.
Im Stalle verrotten Sichel und Sense.
Dezember! Dezember!

Der Westertwald brennt, schwarz lodern die Wollen.
Die Nägele kitzeln. Die Nüsse schäumen.
Der Sturm rennt in Wasserlöchern daher.
Wie die Mühlen zittern: sie fürchten sich sehr!
Dezember! Dezember!

Das Heilswesen — ein Erwerbsberuf. In seiner letzten Rede führte Abgeordneter Genosse Heeger im Abgeordnetenhaus u. a. aus: Wir müssen feststellen, daß das gesamte Heilswesen von heute nichts anderes als der Erwerbserwerb der Ärzte ist. Es gilt aber unserer Auffassung nach, auch die Pflicht nach der Richtung hin zu erfüllen, daß die Kranken gesund werden. Es liegt im Interesse des Staates und der Gesellschaft überhaupt, Einrichtungen zu schaffen, die der Volksgesundheit nützlich sind und die vor allem Erkrankungen verhindern. Diese Aufgaben zu erfüllen, hätten die dem Staate und den Gemeinden beigegebenen Ärzte übernehmen sollen, gleichzeitig auch die bestehenden Heil- und Fürsorgeanstalten. Aber auf allen diesen Gebieten des gesamten Heilwesens ist es in diesem Staate ziemlich schlecht bestellt. Ich will von den Heilanstalten, von den Krankenhäusern, von der Ueberfüllung in ihnen, von der Tatsache, daß es unmöglich ist, den Kranken die nötige Pflege angedeihen zu lassen, gar nicht reden. Genau so wie mit den Heil- und Krankenanstalten sieht es mit der öffentlichen Fürsorgefähigkeit im allgemeinen aus. Alle diese Erscheinungen haben zur Folge, daß hunderte Menschen, die gerettet werden könnten, sterben müssen, daß viel Unheil nicht abgewendet werden kann. Wir brauchen nur einen Blick auf die Krankheitsziffern und die Sterbefälle zu werfen. Diese Zahlen zeigen klar auf, wie die Verhältnisse hier sind und was gemacht werden müßte, um auf diesem Gebiete einigermaßen erfolgreich wirken zu können. Daß dem so ist, behaupten nicht nur wir, das hat auch der frühere Gesundheitsminister Bedensky selbst gesagt, der erklärte: „Was wir an gesundheitspolizeilichen Einrichtungen übernommen haben, ist schlecht, weil die Bezahlung für den öffentlichen Gesundheitsdienst eine schlechte war und weil es daher nicht möglich gewesen ist, daß sich die maßgebenden Faktoren diesen Aufgaben hätten in entsprechender Weise widmen können. Die Beträge, die hierfür ausgegeben werden, sind nur eine scheinbare Ausgabe, da sie auf einem anderen Wege durch Einschränkung der Zahl der ausstehenden Erkrankungen, durch Eindämmung von Epidemien, durch Verbesserung von hygienischen Einrichtungen mit Zinsen und Zinseszinsen in die Taschen der Steuerträger zurückfließen.“ Das war die Ansicht des früheren Gesundheitsministers. Die Ansicht des heutigen ist eine andere. Er glaubt das nicht, was sein Vorgänger gesagt hat, reduziert den Betrag, der der allgemeinen Gesundheit dienen soll und arbeitet auf dem Gebiete der Volksgesundheit in

gan; anderer Richtung. Dann ist es auch begreiflich, daß die Tätigkeit unserer Ärzte in einem gewissen Widerspruch mit dem kommen muß, was in dem Gesetz von ihnen verlangt wird, und ihrem Erwerbseben. Sie sollen vor allem mitheilen, Erkrankungen zu verhindern, und sind doch in dieser kapitalistischen Gesellschaft auf die Erkrankungen angewiesen, weil diese ihre einzige Erwerbsquelle darstellen. Wenn wir diesen Zustand ändern wollen, wenn wirklich etwas auf dem Gebiete der Volksgesundheit und des Heilwesens gemacht werden soll, dann wäre es Aufgabe des Staates, vor allem die Ärzte, die dazu bestimmt sind, freizumachen, sie mit diesen Aufgaben zu betrauen, sie aber auch materiell so zu stellen, daß nicht die Erkrankungen ihre einzige Erwerbsquelle sind, sondern daß sie infolgedessen sich von dem, was der Staat ihnen gibt, auch zu ernähren.

Das Salentkrenz in Oberschlesien und Bremen. Anlässlich der vierten Gründungsfeier der Sturmabteilung Rößbach in München verkündete der Baltikumer Oberleutnant Rößbach, daß man alsbald „aus dem allerfinstern Teil Oberschlesiens ebenfalls ein kleines Bayern machen“ werde. In der Tat scheinen dunkle Elemente bereits jetzt eifrig in Oberschlesien an der Arbeit zu sein. Am Sonntag, den 10. Dezember, wurde in Beuthen im großen Schützenhause die Ortsgruppe Beuthen der „Großdeutschen Arbeiterpartei“ gegründet. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es sich hier um eine Neukonstituierung der von dem preussischen Minister aufgelösten „Nationalsozialistischen Partei“ handelt. Die agitatorischen Vorbereitungen zur Gründung der „Großdeutschen Arbeiterpartei“ wurden von nichtansässigen Leuten vorgenommen. Vielleicht sieht der preussische Minister des Innern in Oberschlesien neuerdings nach dem Rechten. — Nachrichten ähnlichen Inhaltes gibt es auch über Bremen. Während in allen deutschen Ländern, ausgenommen Bayern, gegen alle militärischen Geheimorganisationen vorgegangen wird, scheint auch in der „freien Reichs- und Sanitätsabteilung“ Bremen ein Geist zu herrschen, der nicht in Einklang zu bringen ist mit dem Geist, der eine republikanische Regierung erfüllen soll. Das „Verdener Kreisblatt“ berichtete vor einigen Tagen über einen Ausflug des ersten Sanitätsatistischen Jungkorps Bremen. In diesem Bericht heißt es: „Die scheinbar gut disziplinierte Truppe in Stärke einer kriegsstarren Kompagnie“ sei mit der Bahn eingetroffen. Am Arrivedentmal nahm man die Weiße einer neuen Fahne vor, die die alten schwarz-weiß-roten Farben zeigt. Die Weiße hielt der deutschvölkische Bremer Führer Dr. Rühnrad. Wie wir hören, steht dieses erste Sanitätsatistische Jungkorps unter Führung von Leutnant a. D. Baumgart; die Angehörigen des Korps tragen Uniform und Hüte mit schwarz-weiß-roten Akorden.“ Diese ungewöhnliche monarchistische, militärisch ausgelegene Organisation steht, wie fast alle anderen, natürlich unter der Leitung eines Leutnants a. D. der von der Republik keine Pension bezieht und im Reiche der schwarz-weiß-roten Fahne deutsche Jugend nach den Rezepten des alten Kaiserreichs gegen die Republik erzieht. Noch viel schlimmer aber ist, daß der deutschvölkische Dr. Rühnrad, der Beamter der Republik ist, die „Weiße“ hielt. Man kann sich vorstellen, wie der Lehrer Rühnrad in seiner Schule die Jugend der deutschen Republik unterrichtet. Was vom Bremer Senat zu halten ist, ergibt sich daraus, daß er der schwarz-weiß-roten Garde Feldtelephon und sonstiges Uebungsmaterial durch Vermittlung der Grünen Polizei verlaufen ließ! Die Drachenjaat des Salentkrenzertums trägt wahrlich reiche Früchte.

Um die Hultschiner Grenzbesetzer. Aus Ratiwor wird gemeldet: Die Grenzkommission hat beschlossen, die Gemeinde und das Gut Hultschin der Tschechoslowakei zuzuteilen, die Gemeinde und das Gut Droschütz aber bei Deutschland zu belassen. Ueber Sandau soll erst in der zweiten Jännerhälfte entschieden werden. Eine Begründung dieses Mehrheitsbeschlusses wurde nicht gegeben. Die Ermächtigung zur Besetzung von Droschütz wurde der Tschechoslowakei noch nicht erteilt.

Die Universität Gent soll nur noch flämisch werden. Die Kammer hat es mit 89 gegen 85 Stimmen bei sechs Enthaltungen beschlossen. Der Streit wurde so lebhaft, daß der Kolonialminister Fraud den Exminister Paul Hymans wegen Beleidigung zum Zweikampf herausforderte.

„D, das macht nichts! Der Reichenberger „Vorwärts“ berichtet: Der „Bund der Deutschen“ läßt regelmäßig in den hiesigen Kaffeehäusern durch Salentkrenzjünglinge für seine nationalsozialistischen Zwecke Spenden sammeln. Interessant war dieser Tage nun ein Zwiegespräch zwischen den schnorrenden Jünglingen und einer angesehenen jüdischen Gesellschaft. Einer der jüdischen Herren, scheinbar ein Industrieller, fragte die Bundesboten, ob sie denn von Juden Geld nehmen. „Ja, gewiß nehmen wir das Geld.“ „Ich mache Sie aber nochmals darauf aufmerksam, daß das „jüdische Geld“ ist,“ bemerkte der Gast. „D, das macht nichts,“ erklärte der deutsche Rede, süßlicher lächelnd. Und die jüdischen Herren entrichteten ihren Obolus, der dazu verwendet wird, um sie morgen als „Sauljuden“ und „Anhänger eines verbrecherischen Gottes“ zu beschimpfen. — — —

Die verpuffte Offensiv der Wiener Schwarzen. Wien, 21. Dezember. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Gemeinderates sprach der Finanzreferent Genosse Breiner auch über die Frage des Krematoriums. Er stellte fest, daß die Auffassung des christlichsozialen Gemeinderates unanschaulich, der Landeshauptmann könne, wenn er die Meinung der Regierung für gesetzwidrig halte, den Verwaltungsgerichtshof anrufen, irrig sei. Wohl könnte die Regierung vor dem Verwaltungsgerichtshof die Anklage gegen den Landeshauptmann Neumann erheben. Dazu wäre aber der einmütige Beschluß der Bundesregierung notwendig; allerdings dürfte den Großdeutschen im Kabinett es nicht leicht fallen, für diese Klageerhebung zu stimmen. Breiner teilte ferner mit, daß in der Woche nach Weihnachten der Gemeinderat die Bestattungsordnung und Taxie des Krematoriums beraten und diese in der nächsten Woche im Gemeinderat erliegen werden sollen. Die ersten Verbrennungen in der neuen Anlage dürften sodann voraussichtlich anfangs nächstens Jahres erfolgen.

Spernung der Wöllersdorfer Werke. Aus Wien wird uns gemeldet: Die an die Berliner A. G. S. Union verpachteten Wöllersdorfer Werke haben mit gestrigem Tage ihren Betrieb eingestellt, da ihnen der österreichische Staat die garantierte Subvention von viereinhalb Milliarden Kronen schenkt. Aber auch in dem Falle, daß den Werken die Subvention ausbezahlt werden sollte, können die Betriebe bei voller Arbeitszeit nur 500 Arbeiter, bei halbtägiger 1000 Arbeiter beschäftigen. Bisher beschäftigten die Betriebe einige tausend Arbeiter.

Ueber Wojciechowski, den neugewählten polnischen Präsidenten wird noch gemeldet: In den letzten Jahren war Wojciechowski Angehöriger

der polnischen Volkspartei, deren Organ „Wolalu“ er redigierte und von der er in den Senat gewählt wurde. Mit Beginn des Jahres 1921 gab er die Redaktion auf und übernahm wieder die Professur der Geschichte und der Theorie der Genossenschaften an der Handelsakademie in Warschau und war gleichzeitig Vorsitzender des Bundes der Kooperatoren. Im Juli 1917 wurde er in Warschau zum Vorsitzenden der internationalen Einheit gewählt, die zum verbündeten Lager wurde, das von der polnischen Armee in Rußland organisiert wurde.

Die Einheitschule in Amerika. Als die einschneidendste Maßregel in der Entwicklung des Schulwesens in der amerikanischen Union wird ein Gesetz bezeichnet, das jetzt im Senate Oregon erlassen worden ist und das alle Kinder zwischen acht und 16 Jahren zum Besuche der staatlichen Schulen verpflichtet. Die innerhalb des Staates von religiösen Körperschaften oder von Privaten gegründeten Schulen verlieren dadurch ihre Daseinsberechtigung. Der Schlag richtet sich besonders gegen die Anstalten der römisch-katholischen Gemeinden; den Anstoß zu der Maßnahme haben die Freimaurer schottischer Obervanz gegeben, die den Standpunkt vertreten, es sei nationale Pflicht, den Staat für die Erziehung aller Kinder verantwortlich zu machen, damit sie gute amerikanische Bürger werden und alle Unterschiede des Besitzes, der Klasse und der religiösen Zugehörigkeit ausgeglichen werden könnten. Als die Bill eingebracht war, erfuhr sie auch die lebhafteste Unterstützung des Republikaners, der ja seine Angriffe ebenfalls besonders gegen die Katholiken richtete. Indes wird das Gesetz nicht vor 1926 tatsächlich wirksam werden; bis dahin werden die Gerichtshöfe es auch auf seine Verfassungsmäßigkeit zu prüfen haben.

Balutajawinkel in Belgien. Die belgischen Zeitungen melden, daß nach dem Waffenstillstande im Augenblicke der Rückzahlung der Mark zum Parifurte Spekulant nach Belgien Millionen, vielleicht sogar Milliarden Mark einführen, die sie um 63½ Cent gekauft hatten und die gleich den früher von der deutschen Regierung in Belgien verausgabten Mark zu 1 Fr. 25 Ct. angenommen wurden. Alle Staatsbankrott Belgiens beschäftigen sich augenblicklich damit, diese Betrügereien auszuküpern. In Brüssel allein werden 2700 verdächtige Fälle untersucht.

Die Angst vor dem unehelichen Kinde. Der gestrige Polizeibericht berichtet über einen graulichen Vorfalle. Mittwoch nachmittags erkrankte der vierjährige Junge der Hausbesorgerin Dittner in der Rekanova auf den Weinbergen seiner Mutter, daß ein Baby im Ofen weine. In der Angst, daß in der Wohnung tatsächlich ein Unglück passiert sei, eilte die Frau nach Hause. In der Tat fand die Hausbesorgerin zu ihrem Schrecken im Ofen ein in Papier gehülltes Neugeborenes, das schon fürchtbare Verbrennungen aufwies. Wie festgestellt wurde, wurde die 21jährige Hausgehilfin Rozena T. Mutter eines Kindes, das sie in der begreiflichen Furcht, ihre Stelle zu verlieren, im Ofen verbrennen wollte. Die Hausbesorgerin zog das Kind aus dem Feuer, löschte die Flammen. Die Hausgehilfin und das Kind wurden von der Rettungsgesellschaft ins Gebärhaus gebracht, wo das Kind einige Stunden später verstarb.

Ein Opfer der Devisenschieberei. Heute vormittags beging in seiner Wohnung am Petersplatz ein Prokurist der Bank für Industrie und Handel, ehemals Länderbank, einen Selbstmordversuch, indem er sich mit einem Brotkrumen in die Stirn schoß. D. der schwer verwundet aufgefunden wurde, mußte von der

Die letzte Ohnmacht.

Von Moritz Heimann.

An einem Novemberabend, der von Nebel und seine Trübseligkeit in unglücklichen Reflexen aufglühnen ließ, jede Ecke eine Einsamkeit, jeder Widerschein von ihr auf den Straßendämmen ein Gespenst von Licht, kam Konstantin Lamm gerade noch vor Tagesanbruch bei dem Vorstadthause an, in dessen oberstem Stock er wohnte. Ohne Ueberzieher, auch sonst dürftig gekleidet, lag im Rahmen seines unbestimmt blonden Kopf- und Barthaares, hatte er sich, zum ersten Male seit langer Zeit, in die wollstichtige Bitterkeit seines Unglücks aufgelöst, durch die Straßen getrieben. Der Frost, der ihn durch die feuchte Kleidung hindurch anwehte, hatte ihn nur immer willensloser gemacht; was alles ihn nicht erschreckt hatte, daran zu denken, daß er sich einrichten müsse, wenn er sein Dach über dem Kopf gewinnen wollte.

Hausflur und Treppenaufgang lagen, plötzlich gegen die feuchten blinkenden Straßen, in der Aberschheit des seelenlosen Gaslichtes, und Lamm stieg die Stufen hinauf auf einem allzu neuen, misfarbigen Lauffer, vorbei an den hochstengligen, sinnlosen Tulpen, die an der Wand gewallt waren. Aber beim dritten Stockwerk hörte der Lauffer auf, und die gelbe, geltridene Treppe, weil nach, harrte unter jedem Schritte Lamms, den die erschreckende Reinlichkeit und Kahlheit des obersten Hausstockes ungeschicklich und trocken wie immer empfangen. Durch den Korridor tastend, fand er sich in sein Zimmer und machte Licht. Der Raum war mit den dürftigsten Möbeln ausgestattet; die Tapete einfarbig, in einem schnell verblühten, dumpfblauen Blau, ein Divan mit einem wohlfeilen Teppich, vom Fenster her schräg in das Zimmer gestellt, zu seinem Häupten ein kleines dreifarbiges Kissen für Bücher, der Boden mit einer Matte aus Kotosfaser bedeckt, ein kleiner Tisch unter der Hängelampe, das war alles; als Schand nichts mehr als Lambrequins über den Gardinen, zufälligerweise mit einem ähnlichen

Ornament von Tulpen, wie die Wände im Treppenturm aufwies, und ein paar Bilder an den Wänden, populäre Reproduktionen, Graf Tolstoi als Adersmann, die Mona Lisa und eine Montmartre-Bühnenarbeit, der Beethoven vorgespült wird. Die Sauberkeit des Zimmers, die Kahlheit, der Versuch eine geschmackvolle Anordnung vorzutauschen, alles das mußte einen sehr trostlosen und oben Eindruck auf jeden Besucher machen und wirkte auf Konstantin Lamm in diesem Augenblicke, wo er, statt einer halben, drei und eine halbe Stunde weggebrochen war, bis zur Verzweiflung. Nicht bloß leer — diese Wohnung war verlassen: keine Spur des Lebens, wäre es auch in der Gestalt von Unordnung, war erkennbar; kein Anreiz in einem Zeichen von Arbeit, kein Ueberflus.

Gerade als er ans Fenster trat, wurden die Straßenlaternen vor seinem Hause ausgelöscht. Und indem es ihm einfiel, wie lange er weggefahren war, rief er mechanisch „Aglala“, den Namen seiner Tochter. Da er keine Antwort erhielt, öffnete er die Tür zu dem zweiten, dem Schlafzimmer, und rief auch dort in das Dunkel hinein: „Aglala“. Aber alles blieb stumm. Er horchte, ob er Atemzüge vernähme, und begab sich dann über den Korridor zur Küche. Er machte die Tür auf, und in der ebenfalls erschreckend leeren, erschreckend sauberen Küche, mitten in all dem toten Weiß des Gaslichtes, stand sein Töchterchen am stuchentisch, ein vielleicht sieben-, vielleicht zehn-jähriges Mädchen. Sie stand genau so, wie der Vater sie verlassen hatte, als er ihr vor drei und einer halben Stunden adieu sagte. Dann war es doch undenkbar, daß das Kind die ganze Zeit über nicht sollte gerot haben; Lamm erschrocken vor der Hastigkeit der ihr entfallenden Gesichtsbisse, die ihm ein so klüchtiges Erwachen im Gehirn erregten, gegen die er sich aber im Bruchteil der Sekunde, daß er sie sah. e. mit oer jornden Erkenntnis zur Wehr setzte: sie hat sich in dem Augenblicke zu hingestellt, als sie dich kommen hörte. „Nun.“ begann er, „Aglala, nun, warum stehst du in der Küche, warum spielst du nicht, warum hästest du nicht?“

„Das Kind saute nicht auf.“ „Ich dachte, du sagst mir jetzt guten Abend“, fuhr Lamm fort.

„Das Kind sagte, die Augen immer gefenkt: „Guten Abend“, mit einer so rüchtmühen Stimme, daß Lamm nur noch in größerem Horn geriet. Er sah sich um, ob irgend etwas in der Küche in Unordnung stünde, wofür er das Kind tadeln dürfte. Aber es war alles so sehr in Ordnung, daß Lamm nur sah, wie wenig es da zu tun gab. Und wie Bitterkeit ermaie ihn und hätte ihn beinahe stumm hinaufgetrieben. Nun Unglück, er mit einer bösen Wendung zur Seite, das Gesicht der Tochter, die mit unbewusst vorstodter Wiene und askenlun Augen dem dastand, er sah ihre hellen, fast weißen Brauen und erböhte vor der Ähnlichkeit dieser hellen, schmalen Stirn mit der einer anderen, seiner Frau, die ihn verlassen hatte. Er fing an, in der Küche hin und her zugehen, ratlos, unfähig, das Ereignis zu begreifen, immer noch den feuchten, weichen Hut auf dem Kopf: — Bevor es geschieht, ist das alles natürlich, unglückliche Gehen in Eberben, man weiß es; aber wenn es geschehen ist, „wahr, wie ein Stein“ — Was ist geschehen? Sie ist von ihm gegangen — sie kann ja wiederkehren; solange Leben und Hoffnung ist, solange Kraft und Wunsch ist, solange Güte ist, die sich übernimmt in läßt, ist die Wiedervereinigung möglich. — Aber sie war ja nicht allein gegangen.

Und selbst wenn sie sich auch von jenem weg-loden ließe, von dem verärrerischen Freund, dem Brüderchen, Genossen aller jugendlichen Kämpfe — aber in der Zwischenzeit hatten sie wie Eheleute miteinander gelebt! Daran war nicht zu zweifeln, dieses mußte so sein, es sind ja natürliche Dinge zwischen Mann und Frau. Aber — bevor sie ging (er schloß die Augen) war sie auch schon mit ihm zusammen gewesen, und fast hätte er es einmal gesehen. Das war die Wauer, gegen die er sein Kopf seit anderthalb Jahren vergeblich rannte und stieß.

„Steh nicht so still da,“ sagte er das Kind, mit einer so fürchterlichen Stimme an, daß das Mädchen zusammenfuhr und zwei Tränen, schnell

gesammelt, brennend heiß ihre Augen füllten. Lamm sah es und atmete wie unter einer Genugtuung auf. Und als das Kind doch in seiner Haltung beharrte, dachte er: Du täuschst mich nicht. Ich kriege dich schon.

„Geh und stell dich in die Ecke,“ befahl er. Aber das Mädchen hob den Blick und rührte sich nicht.

„Hast du nicht gehört? Sperr deine Ohren auf! Hast du nicht gehört, was ich dir befohlen habe? Du, in die Ecke, schar dich in die Ecke.“

Des Kindes Mund öffnete sich, aber auch jetzt ging sie nicht von ihrem Platz. Nur in ihren Augen verwandelte sich ein fast löwenhafter Groll in eine leidvolle Gleichgültigkeit. Lamm hob die Hand, und im Heben ballte er sie zur Faust, und sagte:

„Wenn ich mich nicht bedächtige“ — aber da schlug er schon zu, und traf ihre linke Schulter mit einem rauen, unbedachten Schlag. Und sogleich schlug er noch ein zweites, ein drittes Mal zu, jedesmal entsetzter und ratterter. Dann erschrock er über das Unfreiwillige seines Tuns, und mit dieser Einsicht glaubte er sich wieder in der Herrschaft zu haben und alles gutmachen zu können, sowohl die Schläge, als auch besonders den Ungehorsam des Kindes, über den er sich nicht hinwegsetzen konnte. Mit einer sentimentalischen, vorwurfsvollen Stimme versuchte er sie zu überreden: „Ist das wohl recht von dir, denke einmal, Aglala! Ist das recht, mich so zu ärgern? Ich kam doch müde nach Hause, ich hatte zu tun, war erschöpft, und nun finde ich hier —“

Da er des alles glaubte, was er sagte, wurde er wieder heftiger und fuhr fort:

„Nun also, in die Ecke, wie ich dir befohlen habe. Du gehst jetzt in die Ecke, stellst dich dorthin.“ Wieder sah das Mädchen zu ihm auf; das Gesicht bleich wie vorher, nur an der Stirn, auf der jarte Schwefelperlen standen, schwarz gerötet. Sie stand mit einer so unerhörten fremden Kraft da, daß es Konstantin Lamm zumute wurde, als hinge der Sinn und Wert seines Lebens davon ab, über diese Macht zu siegen. Mit einer Wildheit, deren Wollust er durchaus spürte, erwiderte er,

Rettinggesellschaft ins Krankenhaus gebracht werden. Der Grund des Selbstmordversuches ist nicht bekannt, soll aber dem Vernehmen nach mit den Vorgängen auf dem montägigen Devisenmarkt zusammenhängen.

Das Budget für Groß-Prag für 1923 beträgt 347,107,280 K, die eigene Bedeckung 273,987,913 K, so daß ein unbedecktes Defizit von 73,119,366 K übrig bleibt. Dieser Betrag wird durch den Ertrag der Gemeindeumlagen bzw. durch Nachzahlungen auf die Zuschläge für die früheren Jahre gedeckt. Der Ueber- schuß zwischen den Gemeindeumlagen und Zuschlägen ist auf 670,066 K veranschlagt.

Weiteres. Aus der „Leinen“ Gesellschaft: In der Wandelbahn des Kaiserlichen Theaters mußte ein eleganter Herr zu einer eleganten Dame eine etwas allzufreie Bemerkung gemacht haben; denn die Dame flüsterte ihm unwillig zu: „Herr Doktor, benehmen Sie sich doch anständig; wir sind hier nicht allein!“ — „Aha! Ich las in einer Zeitung heute morgen, daß du einen Kaiserin suchst. Ja doch, du hastest erst vorige Woche einen bekommen.“ — „Ja, den habe ich ja gerade.“ — Die Bemerkung erhielt kurz vor Beginn eines Vortrages folgenden Brief zugesandt: „Sehr geehrter Herr Präsident! Da ich mir vor's Kino vorbereite, und schon ein schönes Entschöner nach Berlin habe, möchte Ihnen bitten, mir für den morgenden kommenden Nord-Projekt, wobei der Entschöner auf die Bezeichnung gemerkt werden soll, eine Entschöner vorzeichnen zu wollen. Wegen der Androgyn. Vielleicht auch meine Braut wenn Dames gutwillig haben.“ — Schlußwort Emil B.

Kleine Chronik.

Schneesturm und Seenot.

London, 21. Dezember. (H.A.) Gestern wüthete ein Schneesturm in England. An einigen Orten war er von Donner und Blitz begleitet, während anderwärts ein bestiger Regen niederging. Ein besonders heftiger Schneesturm wüthete in den nördlichen Teilen Englands. Einige Schiffe im Kanal befanden sich in erster Gefahr und ein kleiner Liverpooler Dampfer befand sich auf dem entseelten Meere. Vier Stunden lang rang die Besatzung mit dem Unwetter, endlich ließ sie die Rettungsboote los. Als jedoch die Mannschaft sie besorgen wollte, wurden diese bis acht Mann von den Wellen fortgespült. Sechs Mann gelangten nach großen Anstrengungen wieder ins Rettungsboot, einer jedoch erkrankt und einer starb an Entkräftung. Schließlich wurde die übrige Besatzung durch ein Fischerboot gerettet. — Trotz des heftigen Sturmes wogten drei Luftschiffe mit Erfolg einen Flug über den Kanal.

Der Kanaltunnel in Sicht. Wie aus den neuesten Berichten der Kanaltunnel-Gesellschaft hervorgeht, tritt die Ausführung des so viel besprochenen Tunnels unter dem Kanal, der Frankreich und England durch eine Eisenbahnlinie verbinden soll, nunmehr in das Bereich der Möglichkeiten. Die französische Handelskammer hat ein sehr günstiges Urteil abgegeben, demzufolge die Kosten eine Milliarde nicht übersteigen sollen und die Dauer der Ausführung auf sieben Jahre angegeben wird. Die Ausführung der Mittel bietet keine Schwierigkeiten, ebensowenig die Schienenwege auf beiden Seiten des Kanals, die sich durch Umänderung verhältnismäßig leicht beseitigen läßt. Die Great Northern Railway hat sich bereit erklärt, die Bahnhöfe ihres Netzes für den internationalen Eisenbahnverkehr durch den Tunnel umzugestalten.

Verbreitet die Arbeiterpresse.

ihren Blick, ohne ihn brechen zu können. Und mit heiserer, bestimmter Stimme, nicht laut, aber, wie er hoffte, von niederwerfender Eindringlichkeit, begann er auf sie einzureden: „Du denkst, du willst mir trohen. Wenn ich dich bloß in die Ecke haben wollte — ich hebe dich mit einem Finger auf und trag dich hin. Aber du sollst von selbst gehen! Hörst du, in die Ecke!“ Sie wird es nicht tun — fuhr es ihm in den Sinn. Und was dann? Dann ist es bewiesen — ein Schwächling, ein Lappen zum Wegwerfen! Ein Ohnmächtiger, wenn er liebt und wenn er zürnt, wenn er bittet und wenn er beschließt! Da fiel er sie wieder mit Schlägen an, die er mit Rohheit, aber mit einer zu seiner Qual immer beherrschten und bewußten Rohheit, auf ihre Schultern, auf ihr Gesicht, auf ihren Oberarm nieder- gehen ließ. Und ganz zuletzt gab er ihr einen Backenstreich. Es wurde ihm kalt über die ganze Haut, und verzweifelt vor Hilflosigkeit hochte er sich zu Aglaia nieder, um ihr mit Vernunft beizukommen. Er sah sie an, dann in der Küche umher, und als er in der einen Ecke einen aus Rohr geflochtenen Korb mit Fäden gewahrte, sagte er, um sie zu überlisten: „Wenn du in die Ecke willst, dann geh und nimm den Fädenkorb weg, Stell erst den Fäden- korb auf den Küchentisch, du siehst sonst nicht bequem, dort, dort, den Korb.“ Sie sah ihn verständnislos an. Er sprang in die Höhe. „Nein, da hört doch alles auf.“ Und wieder ging er in der Küche umher. „Nein, diese moderne Erziehung mache ich nicht mit. Es tut einem Kinde gut, zur rechten Zeit einen Schlag zu bekommen. Dem Kinde ist selbst nicht wohl in seinem Trost.“ Er blieb wieder bei ihr stehen, sagte sie am Arm und schlug so heftig, daß sie hätte weinen müssen. — Aber sie weinte nicht. Und wieder traten seine Hände in ihr Gesicht, und wieder fühlte er dabei das atemberaubende Entsetzen. Du Heilige — fühlte er quälend bei jedem Schlag — Leidende, Dulderin, Schweigehame, o, wie ich dich liebe, deine heiligen Wangen, dein Fleisch, das

Die Sühne für Ingolstadt.

Paris, 20. Dezember. (Havas.) Die Bot- schafterkonferenz stellt in der Erwiderung auf die Note der Reichsregierung betreffs der Zwischenfälle in Regensburg, Stettin und Ingolstadt fest, daß die deutsche Darstellung dieser Vorkommnisse im Widerspruch mit dem Berichte der Kon- trollkommission steht. Die Botschafterkonferenz nimmt sodann die Forderung von einer Million Goldmark für den Schaden und teilt weiter mit, daß sie die Entschuldigung der Regierung ablehnt, daß sie im Namen des Reiches und Bayerns formuliert werden wird. Die Botschafterkonferenz hat die Kontrollkom- mission damit betraut, die vollständige Durchführung der letzten Strafmaßnahmen, so- weit es sich um die verschiedenen Zwischenfälle handelt, vorzunehmen.

Ein besonderer Entschuldigung von Seiten Bayerns kein Raum.

Berlin, 21. Dezember. (Wolff.) Die von der Botschafterkonferenz geteilte dem deutschen Bot- schafter in Paris, Dr. Mader, übergebene Ant- wortnote über die Zwischenfälle von Stettin, Regensburg und Ingolstadt liegt nunmehr im Wort- laute vor. Sie nimmt im wesentlichen mit den Angaben der Pariser Morgenpresse überein. Amlich wird in dieser Note erklärt: Der Wort- laute der deutschen Note vom 10. Dezember ist keineswegs im Auftrage der Reichsregierung durch das Reichliche Telegraphenbureau verbreitet wor- den. Die Forderung der Botschafterkonferenz auf amtliche Veröffentlichung des Wortlautes ist also erfüllt worden. Die von der Botschafterkonferenz geäußerten Zweifel, ob die Entschuldigung der

Reichsregierung auch für die bayerische Regie- rung und für die lokalen Behörden der beiden bayerischen Städte Geltung habe, erledigt sich durch Artikel 78, Absatz 1 der Reichsverfassung, auf welchen sich die Ausführungen der Note vom 10. Dezember stützen. Die Reichsregierung hat ihre Entschuldigung in Ausübung der Ver- tretungsbefugnis ausgesprochen, die ihr bei der Wahrnehmung der auswärtigen Ange- legenheiten für alle Teile des Reiches zusteht, so daß (wie in der Note vom 10. De- zember bereits hervorgehoben wurde) für eine besondere Entschuldigung von sei- ten Bayerns kein Raum bleibt. Die von der Reichsregierung ausgesprochenen Ent- schuldigungen gelten somit auch für Bayern.

Veröffentlichung der Entschuldigung im Inzeratenteil.

Berlin, 21. Dezember. (Eigenbericht.) Nach amtlichen Meldungen hat die Botschafterkonferenz die deutsche Sühnennote zur Kenntnis genommen. Sie wird lediglich einige Maßnahmen, wie die Veröffentlichung der Entschuldigung in der Presse verlangen. Daß die Reichsregierung sich auch im Namen Bayerns entschuldigt, ist selbstverständlich, selbst wenn die bayerische Regierung Einspruch er- hebt. Dagegen ist eine Enthebung der Bür- germeister von Ingolstadt und Passau gefe- hlich nicht möglich und wäre auch deshalb unbillig, weil die alliierten Kommissionen die Polizei von ihrem Eintreffen nicht verständigt hatten. Die Ver- öffentlichung in der Presse wird nur im Inzeraten- teil möglich sein, da es in Deutschland für die Regierung kein gesetzliches Mittel gibt, die Presse zur Aufmachung einer Erklärung zu zwingen.

Das Bild an der Wand.

Im allgemeinen ist das eingerahmte Bild der gebräuchlichste Wandschmuck. Auch die ärm- lichste Wohnung weist in der Regel Bilder auf. Bilder müssen nicht sein; sie erfüllen keinerlei praktische Funktionen. Sie sind nur deshalb da, um das Heim wohllich schöner zu machen. Ihren Platz verdienen sie also einzig dem Schönheits- gefühl ihrer Besitzer. Daraus darf man allerdings nicht schließen, daß alle Bilder schön seien. Man kann im Gegenteil ruhig behaupten, daß die große Mehrzahl der die Wohnung „zierenden“ Bilder unästhetisch, ungeschön sind, nicht den Namen Wandschmuck verdienen.

Können Photographien als Wandschmuck gelten? Meistens wird man mit Nein antworten müssen, weil der Durchschnittsphotograph kein Künstler, sondern ein „Schmamm“ ist, der seine Aufnahmen schablonenmäßig nach „bewährten“ Mustern und nicht nach künstlerischen Gesicht- punkten macht. Es gibt übrigens Leute, die mei- nen, daß die Photographie, die ja meistens ein Andenken oder eine Erinnerung an eine oder mehrere Personen darstellt, gar nicht an die Wand gehöre. Entweder habe man die auf dem Bilde Verewigten lieb, dann trage man ihre Züge ohnehin im Herzen, und es genüge, wenn man in einer stillen Stunde die Bilder zur Hand nehme, um sie dann wieder an ihr stilles Plätzchen im Schrank zurückzulegen. Oder aber die auf dem Bild dargestellten Personen seien uns gleichgültig, dann liege erst recht kein Grund vor, ihr Konterfei an die Wand zu hängen. Diplome können wohl auch nicht gut als Wandschmuck gelten. Meistens ist ihre Ausfüh- rung schlecht, zweitens besteht ihre eigentliche

Aufgabe weniger darin, den Raum, als vielmehr ihren Besitzer zu schmücken. Diplome proben mit den hervorragenden Eigenschaften und Fähigkeiten ihrer Eigentümer; wer will aber als Prahl- hans gelten? Darum fort mit den Diplomen an den Zimmerwänden!

Nun zu den eigentlichen Bildern. Warum zeigen die sogenannten Bilderrahmen von keinem guten Geschmack? Vor allem ist meistens das Bild, das Original, an sich schlecht gemacht, in- dem ein schlecht bezahlter dilettantischer Farben- maler es entworfen; die Art der Verwie- selung macht es schließlich ganz ungenießbar. Wird ja selbst ein gutes Originalbild verunstet, wenn man es als Bilddruck vervielfältigt. Das Bilderrahmen soll ein Delgemälde vortäuschen, also etwas vorstellen, was es in Wirklichkeit gar nicht ist. Mit einem Bilderrahmen wollen wir uns und anderen Leuten etwas vorshowen, was gar nicht ist und was niemand — auch wir selbst nicht — glauben.

Was sollen wir denn eigentlich an unsere Stubenwände hängen, so fragt schon ein Un- gebildiger.

Von den guten Bildern soll nun die Rede sein, und zwar von den guten Bildern, die zu laufen auch der Arbeiter insirnde ist. Früher konnten sich nur wohlhabende Leute den Luxus guter Bilder — Delgemälde, Stiche, Radierun- gen oder Aquarelle — leisten, weil solche Bilder teuer sind. Die technische Entwicklung im gra- phischen Gewerbe ermöglicht es dagegen heute, die guten Bilder hervorragender Zeichner und Maler der Vergangenheit und Gegenwart so zu vervielfältigen, daß der künstlerische Charakter des Bildes darunter nur wenig oder gar nicht beeinträchtigt wird, so daß auch der wenig Be-

mittelte verhältnismäßig billig sich in den Besitz guter Kopien der schönsten Schöpfungen alter und neuer Meister setzen kann.

Etwas ganz Schönes sind auch die sogenann- ten Künstler-Steindrücke. Der Steinruck oder die Lithographie ist ein schon seit langen geübtes graphisches Vervielfältigungsverfahren, aber seit kurzer Zeit erst steht dieser Zweig der Druck- technik auf künstlerischer Höhe. Nicht anschaulich hat die Vorzüge der von Künstlern geschaffenen farbigen Steinzeichnungen das Schriftliche „Künst- lerischer Wandschmuck“ eines parteigenösslichen Bildungsausschusses geschilbert: „Der wesentliche Vorzug der künstlerischen Steinzeichnung vor allen anderen Reproduktionen besteht darin, daß sie gleichsam unmittelbar aus der Hand des Künst- lers in die des Käufers übergeht, daß sich kei- nerslei unkünstlerische Elemente und Vorgänge zwi- schen Künstler und Abnehmer drängen. Der Künstler selbst malt nicht etwa ein Delgemälde, das dann vom Lithographen auf den Stein über- tragen wird, sondern der Künstler will von vorn- herein eine Steinzeichnung schaffen, die als solche wirken soll. Er führt die Zeichnungen auf dem Stein aus, er selbst bearbeitet die einzelnen Plati- ten, er selbst überwacht die Farbmischung, er selbst kontrolliert den Druck. Auf diese Weise kommt ein Bild zustande, das beinahe einem Original gleichkommt, das sich von diesem fast nur dadurch unterscheidet, daß es zugleich in Tausenden von Exemplaren hergestellt wird.“

Eine wichtige Sache ist auch der Bildrahmen. Und es ist nicht so uneben, wenn man f-igt, der Rahmen spiele etwa die gleiche Rolle beim Bild, wie die Kleidung beim Menschen; hier wie dort kann durch äußere Aufmachung viel verdorben aber auch vieles verschönert werden. Nicht jeder Rahmen paßt zu jedem Bild, und vor allem muß mit der Meinung gebrochen werden, die da glaubt, das schönste und vornehmste sei unter allen Umständen ein möglichst breiter und glän- zender Goldrahmen. Jedensfalls verträgt ein Steinruck nur sehr selten einen Goldrahmen, während andere Stätter, oder auch nicht alle, schon eher in eine schmale Goldleiste gefaßt werden können. Am besten wirkt überall ein schlich- ter, glatter, wenn möglich nur gebeizter Rahmen, weil ja schließlich und endlich von einem Bild nicht der Rahmen, sondern das Bild selbst die Hauptsache ist.

Zu einer Schmelandschaft z. B. wird ganz ausgezeichnet ein glatter, halbrunder, weicher, ebenförmig aber ein breiter schwarzer Rahmen passen, natürlich wird man auch auf die Wand- farbe Rücksicht nehmen müssen und auf eine weiße oder braune Wand keinen gleichfarbigen Rahmen hängen dürfen. Eine sattgrüne Land- schaft wird durch eine schwarze Einrahmung nur gewinnen, während ein Bild in den bunten Farben des Frühlings oder Herbstes etwa einen braunen Rahmen vorziehen wird.

Dann noch etwas Wichtiges: Die Wände nicht überladen! Ein Zubel an Wandschmuck wirkt störend, verwirrt das Auge, läßt das ein- selne Bild nicht zur Geltung kommen. Um dem Wandschmuck eines Raumes eine gewisse ruhige Geschlossenheit zu geben, sollen erstens alle Bil- der in gleicher Höhe — gemessen von der oberen Rahmenlinie — hängen. (Diese Anordnung scheint uns nicht zwingendes Gebot zu sein. D. Red.) Zweitens sollen die Bilder an der Wand und nicht in einem schiefen Winkel zur Wand hängen. Diese oben vorneigenden Bilder stören ebenfalls und machen sozusagen ein „Loch“ in die Wand.

Etwas sehr Praktisches sind die sogenannten Wechselrahmen. Sie erlauben es, daß mit ein paar Handgriffen die Bilder herausgenommen

ich züchtige! Tränen entströmten ihm. Mit äußerster Demut kniete er zu dem erschöpften schwächlichen Kinde nieder, sagte ihre Hände, küßte sie, bis er spürte, daß Aglaia, um sie seinen Lippen zu entziehen, sich in die Schultern zurücklegte, aber, wahrheitsgemäß vor Verachtung, mit den Armen selbst keinen Versuch zu einer Anstrengung machte. Die Gebärde war ihm entsetzlich. Genau so widerwillig, genau so geringschätzig und unwider- rüchlich hatte seine Frau beim Abschied seinen letz- ten lebenden, längst nicht mehr verzehenden, son- dern nur noch lebenden Händedruck angenommen. Die ganzen letzten Tage ihres Zusammenlebens, durch seine Zorn- und Schmerzgeißelungen hin- durch, hatte er eine Sicherheit gefühlt, daß er, so oder so, der Sieger bleiben würde. Dann wurde der Abschied doch, wie die Untertone es gewesen war: unwiderwärtlich wie der Tod. Er erhob sich und sah auf die Tochter nieder, bebend vor Schmerz gegen ihren Widerstand. Er riß sich den Hut vom Kopf und warf ihn gegen die kalten, blanken Flie- ßen der Küche. „Dich werde ich zwingen. Dich zwinge ich,“ sagte er tonlos, im unglückseligen Triumph. Auch in Aglaia war etwas jenseits ihrer Jahre, ihrer Erfahrung ihres Willens erwacht, und sie sagte plötzlich: „Ich gehe nicht, wohin du mich schickst; ich will überhaupt nicht.“ „Du gehst nicht? Du willst nicht?“ schrie er und rannte in der Küche umher und griff voll Wollust Waffen aus der Luft — ein Messer, ein Beil, und sah zu seinem Unheil wirklich mit der leidenschaftlichen Hand einen schweren hölzernen Dür- kel, der auf dem Küchentisch lag. Er erhob ihn und wollte ihn auf ihren Kopf niederschlagen, aber er wollte ihn nur auf ihre Schulter niederschlagen. Doch da dachte sich das Kind unglücklich in den Schlag hinein, empfing ihn über den Schädel, sank hin und lag bewegungslos da. — Die Obdu- tion stellte später fest, daß Aglaia Stamm eine ungewöhnlich dünne Schädeldecke gehabt hatte und daß ein Schlag mit einem harten Rüppensand sie hätte fällen können. Warum sah das Kind liegen und hatte sofort

die Schwäche, daß etwas Schreckliches ange- riefet war. Er kniete nieder und sah, daß das Kind weiblich. Er streichelte der Sterbenden, schon Toten das Haar und die Schläfe, ließ mitten in der Bewegung von ihr ab und erhob sich, gerade als er sich dabei entsappte, daß er sie wieder aufleben und von ihrem Eigen- sinn abwenden wollte. Eine Weile stand er, sagte wie abwosend: „so so so“ vor sich hin. Dann wurde er kalt und mußte stehen. Und darnach war er wie von einer stah- lernen Rührschnecke überpoffen. Er nahm das Kind sorgfältig, trug es ins Schlafzimmer und betete es auf seinem eigenen Bett, ohne Teilnahme eigentlich, aber in sonderbarer Weise gütig. Er selbst schloß sich auf einen Stuhl, mit dem Rücken gegen das Bett, und verfiel sich regungslos. Aber nach kurzer Zeit war es ihm, als ob das Kind schlief, den erschütternden Schlaf der Kinder, die- ser einsamsten Wesen auf Erden. Oft in glücklichen Tagen hatte er das Kind zu Bett gehen sehen, und jedesmal war er über die Blicke, mit der sie in den Schlaf sank, erschrocken gewesen. Er änderete eine Kerze an und stellte sie zu Füßen des Bettes. Aber da lag sie und ihr roter Mund war zu einem blaffen Mund geworden, ihre Hände hielten noch, was sie zuletzt gegrif- fen hatte, ihre Augen waren gedrohen, ihr Leib gestreckt von Anfang zu Untergang, endlos. Er wachte, das jetzt das Letzte da war, auch für ihn, und er spürte doch, daß er auch jetzt nicht wachte, was er wachte. Er ging ins Nebenzimmer und beim Placieren des erlöschenden Regenstumpfes fand er unter seinen Büchern die zwei schmalen Bände, die er selbst geschrieben hatte. Als er sie in den Händen hielt, fühlte er einen Widerwillen ohne Gleichen gegen sie und gegen alle Hoffnung, die er einmal darauf gebaut hatte. Er zerriß sie und legte sie auf den Bücherständer. Dann lehrte er in das Zimmer, zu der Toten zurück, setzte sich wie- der auf den Stuhl und verfuhr, sich an fern Leben hinzustarren. Er hatte dabei eine Versuchung von sich zu weisen: den größtlichen Schatz der Einsamkeit. Ni- mand konnte ihn, niemand würde zu ihm kommen,

er wachte, daß er sein Verbrechen verheimlichen und fliehen konnte, wenn er wollte. Aber dieses wurde ihm zu gleicher Zeit zu einem Beweis, wie ausgestoßen er war. Ausgestoßen, daß niemand seiner bedurfte, ausgestoßen, daß niemand ihm den Atem mißgönnte. Nicht fliehen darf ich — begann er zu sinnen; nicht mich ausliefern hat einen Sinn. Ich werde mich töten irgendwie. Tränen der Ergriffenheit begannen ihm zu fließen. Wie habe ich sie geliebt, Aglaia! Wie liebte ich sie bei jedem Schlag, wie schlug ich bei jedem Schlag mich! Was wollte ich denn von ihr? — Daran, daß ihm eine Träne in den Mund flog, merkte er, daß er lächelte! Sie war es ja nicht, die so überreden, die ich zwingen wollte. Auch jene andere war es nicht, es war kein Mensch überhaupt. Wie ich sie geliebt habe und wie liebe ich — die Frau! Und während er sich das beseligt und be- schwichligt vorlagte, war es ihm, als ob er niemals weder die Frau noch das Kind geliebt hätte. Es gibt keine Liebe — schien es ihm. Nicht lieben und nicht lieben und oft und oft nicht lieben, das macht zusammen: Lieben. Hierbei kam ihm eine Erinnerung an die Schulzeit, wo man ihn hatte lehren wollen, daß unendlich mal null gleich eins sei. Widerwillig und müde wollte er diesem eigen- sinnig ihm ablenkenden Gedanken folgen, und mit Berechnung mußte er sich zurückführen: ich werde mich töten; — aber auch das wird nur von unge- fähr sein, wie ich es auch mache. Ich werde mich töten, weil ich es für widerwärtlich halte. Aber wenn auch obenhin, lägerlich, ohne Liebe, ohne daß, getrennt durch eine unbegreiflich dünne Haut vom Wesentlichen — tot werde ich morgen früh doch sein, wie jeder andere Tote. Vielleicht hätte ich nie gelogen, wenn ich nicht zu sehr auf Wahrheit ausgehoben wäre! Und vielleicht ist auch das alles, daß ich mich quäle, in diesem Augen- blick, mit weinlosem Vortour, nur wieder eine Einseitigkeit. Was tut es? Ich werde morgen tot sein, eingelapset in eine unzerbrechbare Kapfel, mit Salomos Bestirnung zugesiegelt . . .

und durch andere ersetzt werden können. Wer also ein paar Bilder gleicher Größe hat, kann dann und wann seinen Wandschmuck ändern und sich so der wechselnden Bilder freuen.

Wer sich die Mühe nimmt und in einer Kunsthandlung nach dem Preise der oben genannten Bilder fragt und damit die Preise vergleicht, die für die Delbrudschmuckware bezahlt werden müssen, wird sofort erkennen, daß auf dem Gebiete des Wandschmuckes das Schlechte teurer ist als das Gute und Schöne.

Es ist also wohl möglich, mit verhältnismäßig bescheidenen Mitteln der Arbeiterwohnung einen gesunden, künstlerisch wertvollen Wandschmuck zu geben. Und wer das tut, der macht nicht nur sich selbst eine Freude, sondern hilft zugleich durch sein Beispiel den Kulturstand der Arbeiterschaft auf eine höhere Linie zu stellen, die Freude am Schönen Allgemeingut werden zu lassen.

Die Freude an schönen Bildern, die Ausmerzung des minderwertigen Zeugnis, das die Arbeiterwohnungen leider nur allzuoft verunziert, ist ebenfalls vollwertige Arbeit im proletarischen Befreiungskampfe.

Karl Gfatter.

Gerichtssaal.

Die Laufbahn eines Hochstaplers.

Prag, 21. Dezember. Wenzel Rogel, Tischlergehilfe aus Strakonitz bei Pisek zog als Wanderbursche durch die Welt. Daheim konnte er keine Arbeit finden — und unten in der Slowakei gab's Verdienst genug. So hatte er jahrelang in Koschan, Cperjes und schließlich in Prebuzov gearbeitet. Und kehrte im Herbst des Jahres 1921 nach Hause zurück. Wie er so auf der Straße von Pisek nach Strakonitz einhermarschierte, sah er plötzlich ein Mädchen Papier bei einem Weisenstein liegen. Natürlich ging er auf das Mädchen zu, schaute sich zuerst den Weisenstein an — 7,5 Kilometer stand darauf — und nahm den Hund zu sich. Es waren Ausweis-papiere darin, lautend auf den Namen Josef Oswald, Oberingenieur; Geburtschein, Heimatschein, Sittenzugnis und sogar eine Offizierslegitimation.

Aus dem fahrenden Gesellen wurde der Oberingenieur Josef Oswald aus Pisek. Wohnte natürlich in Prag, wo er bei der Familie Dubin in Karolinenthal ein schönes Zimmer gemietet hatte. Mit der Tochter der Familie, der kleinen Emilie Dubin, die er sich bald ein Verhältnis an und versprochen ihr sogar die Ehe. Denn er sei in einer guten Stellung, habe als Oberingenieur der Grube „Richard“ in Prag ein schönes Einkommen und er werde sie heiraten, bis er auf Grund seiner guten Beziehungen zu den „höchsten“ Stellen eine vierzimmerige Wohnung zu beziehen bekomme. Dann werde er sich auch seine Möbel aus Pisek nach Prag bringen lassen. Am 8. Jänner d. J. wurde Oswald (reale Rogel) nach Prag „berufen“. Er wurde Betriebsingenieur am Eisenbahnen Bahnhof. Da jetzt die Wohnungsfrage sich auch bald lösen sollte, bogte sich Rogel von dem Bruder der Dubin, K. K. aus, um den Expedienten in Pisek bestellen zu können. Dann betrog er den Zimmerherren der Dubin, den Schuster Jaroslav Kaiser um fünf Paar Schuhe, denn er mußte als Oberingenieur doch auch „handgemähten“ Schuhwerk tragen. Und die Familie Dubin ließ sich von den Versprechungen Rogels einfließen und häute ihm noch mehr Geld geborgt, wenn sie es gehabt hätte.

Am 4. Juni d. J. wurde Rogel bei einer Polizeiverhörung im Hotel „Excellior“ in Prag-Weinberge mit dem Dienstmädchen Joh. Kocin festgenommen und — der Ingenieurraum war zu Ende geträumt. Denn bei der Polizei fand man die falschen Papiere und steckte Rogel ins sichere Gewahrsam.

Bei der heutigen Verhandlung vor einem Strafgericht wurde Rogel (alias Oswald) zu sechs Monaten

schweren Kerkers verurteilt. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß Rogel die falschen Dokumente jedenfalls nicht gefunden, sondern selbst gefälscht hatte. Bei der heutigen Verhandlung war Rogel nicht erschienen. Er hatte der Staatsanwaltschaft auf ihre „Einladung“ geantwortet, er „habe für solche Sachen keine Zeit!“ — Bauernswort waren bei der Verhandlung die Opfer des Hochstaplers, die nun alles verloren haben: Ihr Geld und das Vertrauen zu einem Manne, auf den sich ihre ganzen Hoffnungen aufgebaut haben. Und ihr Vertrauen wurde so erbärmlich betrogen.

An unsere Leser!

An alle unsere Parteigenossen, unsere Körperschaften, Parteiunternehmungen, Freunde und Bekannte richten wir die Bitte, an Stelle der zu Nr. 13 jährlichen Gratulationen sich an der in der Neujahrsnummer unseres Blattes erscheinenden

Kollektivgratulation

zu beteiligen. Die Einschaltung eines jeden Namens kostet K 10.—, doch werden, da die Aktion auch der Stärkung unseres Preßfonds dienen soll, freiwillige Ueberzahlungen dankend entgegengenommen.

Anmeldungen sind bis spätestens 28. Dezember d. J. an die Verwaltung Prag II., Hablicslova nam. Nr. 32 zu richten.

Die Verwaltung.

Landwirtschaft und Sozialpolitik.

Die Lohnschiedsgerichte im Bauwesen.

In der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses sagte Abg. Genosse Hausmann bei der Beratung des Baugesetzes u. a.: Wir stellen den Antrag, das zweite Hauptstück des Gesetzes über die Lohnschiedsgerichte vollständig zu streichen. Wenn praktische Erfahrung bei der Regierung bei der Ausarbeitung der Vorlage maßgebend gewesen wäre, hätte diese die Streichung selbst beantragen müssen. Die Lohnschiedsgerichte haben den Zweck, den sie haben sollten, nicht erfüllt. Sie haben sich auch nicht nach einer Richtung bewährt.

Einige Tatsachen aus den praktischen Erfahrungen: Nach § 14 hat das Ministerium für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit dem Justizministerium die Besitzer über Vorschlag der beteiligten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Lohnschiedsgericht zu ernennen. Das Fürsorgeministerium hat sich um diese gesetzliche Bestimmung nicht gekümmert, hat sie nicht beachtet. Es wurde aber ein ständiger Senat ernannt; bei dieser Ernennung wurden die dem deutschen Gewerkschaftsbund angehörigen Gewerkschaften nicht berücksichtigt. Diese Tatsache hat nun folgendes Ergebnis: Rechtsuchende deutsche Arbeiter fanden einen Senat vor, der sie nicht verstand. Der Senat hatte rechtsuchende Arbeiter vor sich, die er ebenfalls nicht verstand. Es bedurfte mehrfacher Interventionen, ehe der Senat auf Beistern der beteiligten Organisationen zusammengebracht wurde. Den Entscheidungen des Lohnschiedsgerichtes steht die Strafsanktion. Die Unternehmer kümmern sich deshalb auch um diese Entscheidungen nicht. Hierzu führt Redner ebenfalls einige praktische Erfahrungen an. In Mähren sind im Vorjahre für eine ganze Reihe Bezirke Entscheidungen des Bräuner Lohnschiedsgerichtes getroffen worden. Die Unternehmer haben sie nicht beachtet. Vor einigen Tagen sind in Südböhmen für eine ganze Reihe Bezirke vom Prager Lohnschiedsgericht Entscheidungen getroffen

worden; ein Großteil der Unternehmer hat sich nicht darum gekümmert, insbesondere nicht jener Unternehmer, der vom Ministerium für nationale Verteidigung den Bau der Kasernen in Kaplitz übertragen erhielt, obwohl in dem Bauvertrag an und für sich die Bestimmung enthalten ist, daß der Unternehmer verpflichtet ist, die ortsüblichen vertragmäßigen Löhne zu zahlen. Diefelbe Erfahrung ist mit den Kasernen in Nordwestböhmen gemacht worden. Wir stellen auch nach dieser Richtung einen Antrag, welcher die Anerkennung der Lohnschiedsgerichte zum zwingenden Recht machen würde.

Die landwirtschaftlichen Krankenkassen.

Agrarische „Arbeiterfreundlichkeit“.

In der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses hatte sich Abg. Schuber (Bund der Landwirte) für die Errichtung landwirtschaftlicher Krankenkassen begeistert. Es antwortete ihm Abg. Genosse Bente in treffender Weise. Er sagte u. a.: Es muß konstatiert werden, daß bei Gründung von landwirtschaftlichen Krankenkassen in fast willkürlicher Weise vorgegangen wird, und daß die gesetzlichen Vorschriften in jeder Hinsicht mißachtet wurden. Dies auch aus dem Grunde, weil sich die Herren Agrarier in dieser Richtung natürlich ganz anderes erlauben können, als alle anderen Kreise in diesem Staate. (Zu den Agrariern gewendet): Sie haben mit Hintansetzung aller gesetzlichen Vorschriften die meisten landwirtschaftlichen Krankenkassen widerrechtlich gegründet. Sie haben vor allen anderen Dingen, das können wir aus dem Kassier Bericht konstatieren, bei der Gründung der Krankenkassen, bei der Erbringung des Nachweises die erforderliche Anzahl von Unterschriften eingeleitet. Im Kassier Bericht ist die landwirtschaftliche Krankenkasse nur deshalb nicht zustande gekommen, weil wir den Nachweis erbrachten, daß die meisten Unterschriften gefälscht waren. Sie lassen sich von ganz anderen Motiven leiten als von den Motiven, für die angeführt haben, als von den Motiven, für die Arbeiter das Recht der Krankenversicherung, das Selbstbestimmungsrecht zu freieren. Die Bestimmungen, die bei den landwirtschaftlichen Kassengebilden festgesetzt werden, sind ja darnach und wir haben ja gehört, daß es die niedrigen Beiträge gewesen sind, die eine so rasche Ansammlung der Reservefonds ermöglicht haben. Wenn das in der heutigen Zeit, in der Zeit der Krise möglich ist, so sagen wir als erfahrene Kassenpraktiker, daß dies nur auf Kosten der Arbeiter gegangen ist, weil sie den Arbeitern mindere Leistungen bieten. Wenn sich Ihre Kassen angeblich bewahren, so ist das lediglich dem Umstand zuzuschreiben, daß sie bei äußerst niedrigen Beiträgen und niedrigen Lohnklassen geringere Leistungen haben und außerdem Vorkehrungen treffen, um die Kassen nicht übermäßig in Anspruch zu nehmen. Von einer sozialen Fürsorge für die Arbeiter in dem Sinne, wie Sie sie bei allen anderen Krankenkassen finden, ist bei den landwirtschaftlichen Krankenkassen keine Spur. Sie erblicken in den landwirtschaftlichen Krankenkassen lediglich ein Werkzeug, um die Arbeiter unter ihre Fuchtel zu bekommen und ihres Selbstbestimmungsrechtes als das Krankenkassenwesen zu berauben. Sie haben vor allen anderen Dingen die Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiter nicht erfragt. Im Kassier Bericht ist die Gründung der landwirtschaftlichen Krankenkasse unmöglich gemacht worden durch einen Protest der gewerkschaftlich organisierten landwirtschaftlichen Arbeiter. Sie haben, ohne sich und die Meinung dieser Arbeiter zu bestimmen, und ohne die gesetzlich erforderlichen Unterschriften anzubringen, die Kasse dennoch gegründet wollen. So sieht ihre Arbeiterfreundlichkeit aus.

Gewerkschaftliche Jugendkassen.

Im „Glückauf“, dem Fachblatt der Bergarbeiter behandelt ein Genosse das aktuelle und wichtige Problem des gewerkschaftlichen Nachwuchs und stellt zu diesem Zwecke die Forderung von gewerkschaftlichen Jugendkassen auf. Er begründet dies wie folgt:

Die Aufgaben der Gewerkschaften werden von Tag zu Tag größer und schwieriger und erfordern immer mehr qualifizierte und geschulte Kräfte, an denen wir heute einen fühlbaren Mangel haben. Sind die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften mit den vorhandenen Kräften nur mit äußerster Anstrengung zu meistern, wie sollen erst die zukünftigen Aufgaben, wie die Mitbestimmung im Produktionsprozeß, Umorganisation der Wirtschaft, gelöst werden, wenn nicht mehr tüchtige, geschulte und verantwortungsvolle Personen zur Verfügung stehen. Wer die Kassenarbeit sieht, die den Gewerkschaften von der Zukunft gestellt sind, und wer sieht, wie wenig Vorbereitungsarbeiten heute dazu getroffen, wie wenig Kräfte sich vor allem in der jungen Arbeitergeneration dazu regen, dem wird bange bei der Frage, ob denn diese Kassenarbeit einmal wird bewältigt werden können? Die Herangehobung und Ausbildung der jungen Mitglieder kann deshalb für die Gewerkschaften keine Frage mehr sein, sie ist einfach zu einer unbedingten Notwendigkeit geworden.

Wie könnte nun die gewerkschaftliche Jugendausbildung am besten gepflegt und gefördert werden?

Wenn wir in den Zusammenflüssen der Mitglieder Umschau halten, so sehen wir, daß von den jungen Leuten gewöhnlich nur sehr wenige zugegen sind. Der größte Teil der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen hat andere Sorgen, als ernste gewerkschaftliche, sozialistische Organisationsarbeit. Sie müssen Zeit und Geld dem Vergnügungskapital opfern, denn sie „sind nur einmal jung“. Was wäre das für eine armselige Jugend, wenn man nicht auf den Taubensold, ins Wirtshaus, nicht ins Kino und auf den Fußballplatz gehen, wenn man nicht sein sauer verdientes Geld für Alkohol, für Zigaretten und für Schandvergnügen ausgeben könnte? Wer wagt es zu leugnen, daß der Achtstundentag nicht eine große Errungenschaft ist?

Ein großer Teil der Arbeiterjugend wird deshalb auch vorläufig von den Organisationen nicht zu gewinnen sein; Das Vergnügungskapital hält sie zu fest in seinen Fängen. Es gibt aber einen Teil junger Proletarier, auf den das Schicksal nicht zutrifft, er erfüllt ist von Wissensdurst und erstem Streben. Diesen gilt es von den Gewerkschaften zu erschaffen und zu schulen!

Am besten könnte dies wohl dadurch geschehen, daß für sie eigene gewerkschaftliche Jugendkassen, etwa nach dem Muster der abgehaltenen Betriebsratenschulen, errichtet würden. Die Schulzeit müßte im Jahre mindestens 14 Tage bis 4 Wochen betragen. Während der Schulzeit dürften sich die Teilnehmer keiner anderen Beschäftigung widmen, als dem Lernen. Der Lehrplan müßte reichlich durchdacht sein und dürfte nur gewerkschaftliche Gegenstände vorsetzen. Da es sich um Schulen handelt, die nur einflussreiche gewerkschaftliche (wirtschaftliche) Kräfte vermitteln, so könnten sie von allen Gewerkschaftsverbänden gemeinsam errichtet und beschrift werden. Als Lehrer könnten selbstverständlich nur tüchtige und erfahrene Gewerkschaftler in Betracht kommen.

Für jene, die nicht in der Lage wären, eine solche Schule zu besuchen, könnten Kurse abgehalten werden.

Das gesprochene Wort müßte durch ebenso leicht fasslich geschriebene Schriften wirksam ergänzt werden. Auch diese Schriften müßten von tüchtigen Gewerkschaftlern verfaßt sein. Dasgleichen könnten auch andere Schriften, wie z. B. die vorzügliche Schrift von Edstein „Kapitalismus und Sozialismus“, zu billigen Preisen an die jungen Mitglieder abgegeben werden.

Copyright: 1922 by Des Hall-Verlag, Berlin-Dahlemer.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (39)

Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

45.

„Gedrüll tönte auf, Leute liefen in allen Richtungen. Die Menge wogte hin und her. „Was ist los?“ fragte ich einen Mann. Die Antwort lautete: „Sie fegen die Roten aus!“ Und Genosse Abell, der die Nachbarschaft gut kannte, rief: „Ermans Buchladen!“

„Wer sind die Leute?“ fragte ich. „Die Brigade. Sie säubern die Stadt vor dem Kongress.“ Genosse Abell preßte die Hand gegen die Stirn und jammerte: „Das kommt davon, daß sie den „Liberator“ verkauft haben. Ermann erzählte mir vorige Woche, er sei gewarnt worden, ihn nicht mehr zu halten.“

Ich weiß nicht, ob Zimmermann etwas von dieser radikalen Zeitschrift wußte; eines jedoch wußte er: hier ist ein Mob, hier sind Menschen, denen es schlecht ergeht. Er schüttelte uns ab, die wir ihn zurückhalten wollten, drängte sich durch die Menge, die ihn Blas machte, entweder aus Neugierde oder aus Respekt vor seiner achtunggebietenden Gestalt. Später erfuhr ich, daß der Mob den Buchhändler und dessen zwei Gehilfen in den Hinterhof gezerrt und dort verprügelt habe. Dies sah Zimmermann zum Glück nicht. Er sah bloß ein Duzend Ersoldaten in Uniform, die auf den kleinen Platz ganze Schöße von Büchern und Zeitschriften schleppten. Dort stapelten sie die Bücher auf, ein Mann bogte sie mit Petroleum.

„Mein Freund“, fragte Zimmermann, „was geschieht hier?“

Der Mann starrte ihn an. „Was zum Teufel geht das Sie an? Aus dem Weg!“ Und er bogte das Gewand des Propheten mit Petroleum.

Zimmermann sprach: „Wissen Sie, was ein Buch ist? Einer eurer Dichter hat es das kostbare Lebensblut eines großen Geistes genannt, das einbalsamiert und für die Nachkommen aufbewahrt wurde.“

Der andere lachte höhnisch. „Glauben Sie, daß er damit Bosherrlichbücher gemeint hat?“ Zimmermann entgegnete: „Sind Sie zum Richter über diese Bücher gesetzt? Haben Sie die Bücher gelesen, die Sie eben vernichten wollen? Und da der Mann, der Worte nicht achtend, hinlieferte, ein Streichholz entzündete, um die Bücher in Brand zu stecken, rief Zimmermann: „Sehet, was der Krieg ist! Ihr seid gelehrt worden, eure Mitmenschen zu töten; das Tier in euren Herzen wurde entfesselt, und nun tobt es in euch.“

„Sie sind also einer von den verdammten Passifisten, he!“ brüllte der Ersoldat und schmele mit geballten Fäusten auf. Zimmermann wich nicht vor ihm zurück, blide ihn bloß an, und er erschien so erhoben in diesem Augenblick, daß der Mann ihn nicht schlug, sondern bloß die gespreizte Hand auf die Brust des Propheten legte, ihn zurückstieß. „Aus dem Weg!“

Ich mußte wohl, welchen Unannehmlichkeiten ich mich aussetzte, doch vermochte ich mich nicht länger zu beherrschen. „Hören Sie, Soldat“, begann ich. Er wandte sich mir zu. „Sind Sie auch einer von diesen Dummen?“

„Ich war in den Argonnen“, erwiderte ich ruhig. „Und gehörte ebenfalls der Brigade an.“

„Oho. Nun, dann helfen Sie mir, diese verdammte Anarchistenliteratur herauszuholen.“

Ich wollte antworten, doch da ertönte Zimmermanns Stimme. Es hatte sich umgewandt,

streckte der Menge die Arme entgegen. Der Soldat und ich lauschten unwillkürlich seinen Worten.

„Wollt ihr Wölfe sein oder Menschen? Euer war die Wahl, und ihr habt das Wolfsein gewählt. In euren Händen steht das Blut eurer Brüder, und in euren Herzen ist Mord. Ihr habt die jungen Männer die Brüder morden gelehrt und nun kennen sie nur mehr das Geseß des Wahnsinns.“

Ein Duzend Ersoldaten hörten diese Worte, und ich war überzeugt, sie würden sie sich nicht gefallen lassen. Pöblich begann einer zu singen, und die anderen fielen halb lachend, halb brüllend ein:

„Freiß im Zug;
Wir sind die Rechten,
Wollen kämpfen und sechten,
Haben davon nie genug.“

Und dann:
„Heil! Heil! Wir sind alle hier!
Geh'n den Kaiser holen!“

Die Menge stimmte mit ein; in dem Saug gingen die Worte des Propheten unter. Einen Augenblick später vernahm ich hinter mir eine barbare Stimme: „Was ist denn da los?“ Und ein Polizist drängte sich vor.

Der Mann mit der Petroleumlampe erwiderte: „Dieser verdammte Anarchistenprophet hat die Menge aufgewiegelt, Hochverrat gepredigt. Nehmen Sie ihn fort, Sergeant, bringen Sie ihn irgendwo in Sicherheit, meine Soldaten dulden kein Pöbelschwätz.“

Als ich das Ganze nachher überdachte, sah ich die lächerliche Seite, die mir damals nicht aufkamel. Hier waren Männer in eine Buchhandlung eingedrungen, hatten den Besitzer und die Angestellten verprügelt, verbrannten eben auf offener Straße Bücher und Zeitschriften im Werte

von tausend Dollars — aber all dies bemerkte der Polizist nicht, ahnte gar nicht, daß so etwas geschah. Er sah bloß einen Propheeten, dessen welches Gewand von Petroleum troff und der gegen den Krieg sprach! Er packte Zimmermann beim Arm: „Kommen Sie, Sie haben genug Unheil angestiftet.“ Und er zerrte Zimmermann die Straße entlang.

„Verhaften Sie auch mich!“, schrie Moneta, der Mexikaner, halb verrückt vor Aufregung, und der Polizist packte ihn mit der anderen Hand und schleppte die beiden fort.

46.

Ich verspürte nicht mehr das Verlangen, mich einzumischen. Ja, ich war eigentlich froh, daß der Polizist erschienen war; denn das Beste, was er tun konnte, war immer noch weniger arg, als das Beste, was dem Mob zuzutrauen war. Die Hälfte der Menge folgte uns, doch verstimmt das Soldatenlied. Und nun erhob Genosse Abell abermals die Stimme und sang auf dem Weg zur Polizeistation zuerst die Internationale, dann die rote Fahne, und dann:

„Freiwillige Stürme durchstoßen die Lüste,
Drohende Wölfe verdunkeln das Licht;
Mag uns auch Schmerz und Tod nun erwarten
Gegen die Feinde ruft auf uns die Pflicht.
Wir haben der Freiheit leuchtende Flamme
Noch über unseren Häuptern entzündet.“

Als wir die Polizeistation erreichten, gab der Polizist Moneta einen Stoß, er möge sich trotzen, habe nichts angeestellt, sei der Ehre einer Verhaftung nicht würdig. Dann schob er Zimmermann durch eine Türe und gebot uns, draußenzubleiben.

Abell wandte ein: „Ich bin Rechtsanwalt.“
„Teufel, ich hielt Sie für einen Oprenfänger.“
(Fortsetzung folgt.)



Für jede Küche!

Die neuen Rezeptbücher umsonst und portofrei

mit über 50 ausprobierten Vorschriften für einfache und feine Mehlspeisen und Bäckereien sind erschienen und stehen allen Hausfrauen, Köchinnen, Haushalt- und Kochschulen zur Verfügung. Man schreibe eine Postkarte an

Dr. OETKER'S Backpulverwerke, Brünn

Neben unserem vielbewährten Oetkers Backpulver „Backin“ und Oetkers Vanillinzucker sind wieder zu haben: Oetkers Puddingpulver mit Vanille-, Mandel- und Schokoladengeschmack, Oetkers Hausnatron, Oetkers Regina-Speisegelatine weiss und rot

Wo nicht erhältlich, bestelle man direkt bei der Fabrik.

Die Vertragsverhandlungen in der Glasindustrie von den Unternehmern zertrümmert!

Bei den Vertragsverhandlungen am 19. Dezember 1922 haben die Unternehmer durch den Mund ihres Geschäftsführers Herrn Dr. Fiedler erklärt, — daß sie mit den Organisationen keinen Vertrag abschließen können und damit die seit Ende September 1922 schwebenden Verhandlungen abgebrochen.

Zur Verhinderung für diese Tatsache ist es notwendig kurz den Verlauf der Verhandlungen zu schildern.

Die Unternehmerorganisation hat den Vertrag zum 30. September gekündigt. Von vornherein hat dieselbe keine besondere Neigung gezeigt, so wie bisher, den neuen Vertrag mit den Organisationen der Arbeiterschaft abzuschließen, sondern spezialisierte, gestützt auf die Bedrohung auf ein für die reduzierte Produktion und die damit verbundene katastrophale Arbeitslosigkeit in dieser Branche, mit der geringen Widerstandskraft der noch Arbeitenden, noch mehr aber mit der durch die lange Arbeitslosigkeit zermürbten Arbeitslosen. Im Sinne dieser Anschauung wollte die Arbeitgeberorganisation schon im Laufe des September an die Organisationen das Ansuchen, sich jeder Einflussnahme auf die Neugeschloßung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu enthalten und es jedem Unternehmer und seinen Arbeitern zu überlassen, welches Uebereinkommen im Betriebe getroffen wird, bezw. ob und inwiefern die Arbeiterschaft das Diktat des Unternehmers schlucken will, oder nach den abzuwartenden Umständen schlucken muß.

Gegen dieses Ansuchen stellten sich die Organisationen und die Arbeiterschaft und es wurde am 30. September durch die Arbeiterorganisationen ein Abkommen getroffen, daß von den bestehenden Verträgen bei den Affordarbiern und den Schichtarbeitern über 200 K Wochenlohn 25 Prozent; und bei den Schichtarbeitern unter 200 K Wochenlohn 20 Prozent abgebaut werden. Dieses Abkommen galt von vierzehn bis vierzehn Tagen bis zum 15. November 1922. Bemerkenswert ist, daß die Facharbeiter bereits im Frühjahr 10, bezw. 15 Prozent und die Metallarbeiter in den Glashütten im Sommer 10 Prozent abgebaut hatten, so daß der Gesamtabbau 20 bis 40 Prozent betragen hat.

Am 15. November begannen die Verhandlungen über einen neuen Kollektivvertrag, deren Grundlage ein Entwurf der Arbeitgeberorganisation bildete, welcher neuerdings Verschlechterungen der Verdienste und sonstigen Arbeitsbedingungen in beträchtlichem Maße verlangte. Um nur einige Beispiele anzuführen: einem Kohlenfuhrer mit K 25.20 Schichtlohn — es ist kein Witz, sage und schreibe Kronen fünfzigtausig 20 Heller — soll die Kohle von 60 Zentner jährlich entzogen werden, die Uebernahme der von den Facharbeitern erzeugten Produkte soll so erfolgen, daß sie den größten Teil des Risikos bezgl. Bruch, welcher nachher und ohne ihr Verschulden erfolgt, und anderes mehr tragen sollen und dadurch in ihren Verdiensten um effektive 10 bis 15 Prozent gekürzt werden; die Flaschenmacher sollen trotz der bisherigen schlechtesten Behandlungen an weitere Kürzungen glauben, die Metallarbeiter und Schichtarbeiter sollen für Ueberstunden und Sonntagarbeit nur die Hälfte der bisherigen Erhöhung erhalten, trotzdem für sie die Leistung dieser Arbeiten beinahe eine Aufschick darstellt und im eminentesten Interesse des glatten Abwickelns des Betriebes gelegen ist usw. Wir haben nur einige wenige Beispiele herausgegriffen, welche aber wohl genügen dürften, um aufzuzeigen, wie der Appetit der Kapitalisten gestiegen ist.

Die Arbeitervertreter sind auch im Meritum viel weiter gegangen, als sie über auftrag der betreffenden Konferenzen befugt waren, nur um den Abschluß des Vertrages zu ermöglichen. Aber alles war nicht genug und so haben die Unternehmer ihrem Werke die Krone aufgesetzt und die Verhandlungen, wie eingangs erwähnt, abgebrochen.

Es besteht daher ab 16. November der verträglichste Zustand in allen Glashütten der Tschechoslowakei.

Die Unternehmer hoffen nun doch noch ihr Ideal durchzuführen zu können und durch ihr Diktat sich wiederum als „Herr im Hause“ ausspielen zu können. Dieses frivole Spiel, aufgebaut auf der ungeheuren Not und momentanen Bedrängnis der Arbeiterschaft, wird aber den Herren Schachtmachern verdoeben werden. Sie sollen sich nicht einbilden, durch ihre Brutalität die Arbeiterschaft in den Streik drängen zu können. Die Arbeiterschaft besitzt noch andere Mittel, um die Willkür zu parieren und sie wird dieselben voll und ganz anwenden. Für die Arbeiterschaft ist die Grundlage für ihr weiteres Vorgehen dadurch gegeben, daß für sie der Vertrag vom 8. Mai 1922 mit der Abänderung vom 30. September 1922 maßgebend ist und sie das Diktat der Unternehmer nicht anerkennen.

Um diesen schwierigen Kampf der Arbeiterschaft in der Glasindustrie nicht noch mehr zu erschweren, darf kein Arbeiter, welcher Branche oder Arbeiterkategorie immer, Arbeit in einer Glashütte aufnehmen.

Alle Glashütten der Tschechoslowakischen Republik sind bis zur Beendigung dieses Konfliktes geschlossen.

Der „Sozialdemokrat“ zu Weihnachten.

Das Weihnachtsblatt des „Sozialdemokrat“ erscheint Sonntag, den 24. Dezember zur gewohnten Stunde.

Die nächste Nummer des „Sozialdemokrat“ wird am Donnerstag den 28. Dezember früh erscheinen. Es wird somit die Weihnachtsnummer des „Sozialdemokrat“ vier Tage ausliegen.

Anzeigenschluß für die Weihnachtsnummer Samstag mittags.

Die Verwaltung.

Ergebnislose Lohnverhandlungen in der Landwirtschaft.

Die Arbeitgeber in der Landwirtschaft haben im November die Lohnverträge gekündigt. Es fanden bereits neue Verhandlungen statt, die aber zu keinem Ziel führten. Obwohl bereits im Oktober eine Kürzung der Löhne erfolgte, wurde nun eine neuerliche Kürzung gefordert. Obwohl die Löhne der Deputatisten sich nur zwischen 70 und 180 Kronen bewegen, wird eine Kürzung um 26 bis 38 Prozent verlangt. Die Stundenlöhne der Arbeiter bewegen sich zwischen 0.60 bis 1.60 Kronen. Diese Löhne wünscht man um 30 bis 40 Prozent zu kürzen. Aber auch eine Kürzung der Deputatbezüge soll vorgenommen werden. Die Forderungen der Unternehmer sind nicht klein. Obwohl die Vertreter der Landwirtschaft gewohnt sind, von den Agrariern hohe Forderungen gestellt zu erhalten, haben deren Vorschläge dennoch überrascht. Daß unter solchen Umständen die Verhandlungen keine Leichten sind, ist selbstverständlich und daß eine Kürzung des Einkommens der Landwirtschaftler diese besonders schwer trifft, braucht, wenn man ihre Löhne betrachtet, nicht weiter nachgewiesen werden. Trotz teilweisen Viehkaufes sind die Landarbeiter nicht in der Lage, sich all das zu beschaffen, was nötig wäre, um ihre durch den Krieg erlittenen Schäden gutzumachen. Vom Deputat allein kann der Arbeiter nicht leben. Er muß verschiedene Zutaten haben, die nicht umsonst zu haben sind. Schon die Befehlshaber von ein Paar Schuhen kostet mehr als ein Tagelöhner im Tag verdient. Wenn ihm nun auch noch das Wenige genommen wird, so muß er in Verhältnisse kommen, die unerträglich sind.

Die Arbeitervertreter haben trotz all dieser Tatsachen einer 10prozentigen Lohnherabsetzung beim Deputatist zugestimmt. Bei den Tagelöhnern ist ja schon im Oktober die Kürzung erfolgt. Dieses Angebot war den Unternehmern zu niedrig und sie erboten sich eine Frist, um mit ihren Auftraggebern zu reden. Es sollte am 28. Dezember eine Sitzung der Vertreter der Organisationen stattfinden, in der Beschlüsse über die weitere Haltung der Arbeitgeber gefaßt werden sollen. Um nun in der Zeit nach dem 31. Dezember bis zum Abschluß neuer Richtlinien kein Chaos eintreten zu lassen, sollte im Vorbeistreichen eine Entscheidung getroffen werden, die das Verhältnis in dieser Hinsicht geregelt hätte. Die Unternehmer hatten einen Antrag eingebracht, der in dieser Hinsicht den Bierwart nicht befriedigt hätte. Vom Referenten des Landesrates war ebenfalls ein Antrag unterbreitet worden, der behauptete, daß das Deputat so wie bisher auch nach dem 1. Jänner 1923 ausgefolgt wird und nur der Lohn um 15 Prozent beim Deputatisten und um 10 Prozent beim Tagelöhner niedriger zur Auszahlung gelangt als der jetzige beträgt. Weiters wurde bestimmt, daß diese Abmachung erst dann in Kraft tritt, wenn die Sitzung der Unternehmer sich für die Weiterverhandlung auf geänderter Grundlage erklärt. Die Agrarier hatten also zu entscheiden, ob diese Abmachung in Kraft treten wird.

Trotz mancherlei Bedenken, die die Arbeitervertreter gegen diese Vereinbarung hatten, entschlossen sie sich für diesen Antrag zu stimmen. Die Unternehmer haben auch diesen Antrag nicht akzeptiert. Dies zeigt nur, daß sie gar nicht erst die Absicht hatten, einen Verhandlungsweg zu suchen. In rückwärtsloser Weise wollen sie den Arbeitern ihr Diktat aufzwingen. Ob dies aber so ohne weiteres gehen wird, ist sehr fraglich. Die Unternehmer dürften dabei auch die Nebenabsicht haben, die Organisation der Arbeiter beiseite zu schieben, um die Arbeiterschaft willenlos in jene Verhältnisse zurückzudrängen, wie sie vor dem Kriege waren. Ob das Verhalten der Unternehmer dazu beitragen wird, reibungsloses Zusammenarbeiten zu ermöglichen, ist zu bezweifeln. Die Arbeiterschaft wird sich gegen jede bedeutende Kürzung ihres Einkommens zur Wehr setzen.

Verbot der Arbitrage an der Prager Börse. Das Bankamt hat gestern verlautbart: 1. Freie Arbitrage an der Prager Börse ist verboten; 2. Die Rechnungen der Ausländer sind frei; 3. Für vom Bankamt genehmigte Devisen sind spätestens am zweiten Tag die Besche vorzulegen; 4. Die zum Devisengeschäfte berechtigten Banken können untereinander freie Geschäfte machen; 5. Das Erteilen von Krediten an Ausländer ist verboten.

Devienturle.

Die tschechische Krone notiert in: Paris 200.-, Wien 150.-, Prag 100.-, London 100.-

Kunst und Wissen.

„Manon“, Oper in vier Akten von J. Massenet. (Neueinstudiert im Neuen Deutschen Theater, 20. Dezember 1922.) Unser gegenwärtiges Opernensemble ist besonders geeigneter, Werke von der Art der „Manon“ erfolgreich herauszubringen, weil es über die entsprechend schönen Stimmen verfügt, die für den Opernstil Massenet unbedingt erforderlich sind. Es liegt Grund zur Annahme vor, daß die Neueinstudierung der Oper nur der beiden Hauptgesangspartien wegen betriebsfertig wurde. Eine Absicht, der der Erfolg nicht ausblieb. Vor allem ist Fräulein Maria Müller eine prädestinierte Manon; voll blühenden Wohlklanges in der Stimme, vollkommen im gefangenschaftlichen Sinne und darstellerisch von überzeugender Ausdruckskraft. Auch Herr Kubla darf den Chevalier des Grieux künftig zu seinen besten Partnern rechnen; stimmlich bringt er alles mit, was diese dankbare Rolle braucht, namentlich Glanz und Wärme des Tones. Auch die kleineren Rollen waren durchwegs in guten Händen. Herr Söder hatte für gute Regie gesorgt; temperamentvoller musikalischer Leiter des Abends war der talentierte neue Kapellmeister Herr Kienzl.

Ein „naturistisches“ Drama. („Die Feuertrömmel“ von F. L. Marinetti am tschechischen Stadttheater.) Man hatte diesmal alle Ursache, gespannt zu sein, denn Marinetti ist der vielgenannte Begründer des so heiß umstrittenen Futurismus, einer Kunstströmung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, mit allen beengenden Traditionen aufzubrechen. So absurd auch manche ihrer Forderungen klingen mögen, so ist dieser Wunsch der jungen Generation nach Bewegungsfreiheit gerade in Italien, dem Lande der klassischen Traditionen, immerhin verständlich. Es hat ja auch der Expressionismus bei uns zum Teil ähnliche Ziele verfolgt. Aber während der Expressionismus im Lande der Dichter und Denker sich alsbald in höhere Regionen erhob und Weltanschauung und Kunst mehr und mehr zu vergeistigen suchte, strebte der klar und plastisch empfindende, daseinsfreundliche Italiener zunächst eine Vereinfachung, dann eine Kräftigung, ja selbst Vergrößerung unseres überfeinerten Geschmacks an, wobei ihn sein angeborener Schönheits- und Formeninstinkt zumeist vor allzu schlimmen Entgleisungen bewahrte. Marinettis gestern aufgeführtes Drama ist dadurch futuristisch, daß die Personen nicht so sehr als Einzelpersonen, sondern mehr als Typen verschiedener Geistesträgungen angesehen sein wollen. Neu und eigenartig ist auch das Milieu, ein Regierort Innerafrikas. Der Träger des Leidgedankens, der Gähnpingel Kobanga, ist kein reinrassiger Neger, in seinen Adern fließt auch arabisches Blut, er ist daher intelligenter als die anderen und hat europäische Bildung genossen. Heimgelehrt, will er seine Stammesgenossen zu geistigem Leben erwecken, sie zu Herren der sie umgebenden Natur machen. Doch sie danken es ihm mit Aufstand, und vertreiben ihn aus seinem Reich. Auf seiner Flucht durch die Wüste begleitet ihn außer seinem geliebten Weibe Mabimo, nach der Sinnruhe, das Teuerste, was er besitzt. Es ist dies ein Buch, das die Aufzeichnungen seiner Pläne und Gesetze enthält. Er will es vor Vernichtung bewahren, damit es wenigstens späteren reiferen Geschlechtern zugute kommen könne. Und als die Verfolger sich immer mehr nähern, beschließt er, sich für sein Werk zu opfern und sich ihnen entgegenzustellen, damit ein treuer Diener die kostbaren Pläne ungestört in Sicherheit bringen kann. Wie man schon aus diesen Angaben erseden kann, ist das Werk reich an echter dramatischer Bewegung, wozu noch zahlreiche lyrische Momente wie

die schöne Wüstenschilderung des ersten Aktes oder die poetische Waldstimmung im zweiten Akte hinzukommen. Die Rollen stellen außerordentlich hohe Anforderungen an die Darsteller, denen sie sich auch im wesentlichen gewachsen zeigten. Herr Bydra wußte die geistige Ueberlegenheit Kobangos glaubhaft zu zeichnen, gelegentlich gelang dagegen der Ausdruck der Kraft nicht so überzeugend. Höchst packend und echt gerade in dieser Hinsicht geriet der Bagamojo des Herrn Karon. Auch Herr Dostal und Frau Kronbauer boten höchst interessante Leistungen. Das Stück machte einen außerordentlich tiefen Eindruck. Der Autor wurde nach allen Abschüssen stürmisch gerufen.

Neues Theater. Heute, Freitag, „Carmen“ mit Liza Fajrat in der Titelrolle; Samstag, den 23.: „Blaubart“.

Kleine Bühne. Heute „Menagerie“; Samstag „Die Frau Präsidentin“.

Weihnachts- und Silvester-Programm des Neuen Deutschen Theaters und der Kleinen Bühne. Neues Deutsches Theater: Montag, den 25.: halb 8 Uhr „Schneewittchen“, Rindermärchen mit großem Ballett, 7 Uhr „Froschhül“, Operette von Lehar (Abon. ausg.); Dienstag, 26.: halb 8 Uhr „Schneewittchen“, Märchen mit Tanz und Kindertombola, 7 Uhr „Froschhül“, Operette von Lehar (Abon. ausg.); Sonntag, den 31.: halb 8 Uhr „Schneewittchen“, Märchen mit Tanz und Tombola, halb 7 Uhr „Graf von Luxemburg“, Operette von Lehar, 10 Uhr „Er und seine Schwester“, Pöste mit Gesang von Buchbinder. — Kleine Bühne: Montag, den 25.: halb 8 Uhr „Wauwau“, Komödie von Pogson, halb 8 Uhr „Man kann nie wissen“, Komödie von Shaw; Dienstag, 26.: halb 8 Uhr „Der Wertvoll“, Komödie von Cana, halb 8 Uhr „Die Frau Präsidentin“ von Hennequin und Weber; Sonntag, den 31.: halb 8 Uhr „Der müde Theodor“, 7 Uhr „Die Frau Präsidentin“, 10 Uhr „Kassette“.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Verleger: Dr. Ludwig Czsch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Text verantwortlich: O. Holik.

Wo verkehren wir?

- Café Continental, Prager-Graben
- Goldenes Kreuzel, Prager-Neozantka
- Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus, Prager, Smekth 22 (Urania).

Café „Nizza“

Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Gastwirtschaft „Lidový dům“

der Genossenschaft „Ganymed“
Tägliche Konzerte PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Teplitz-Schönau. CAFÉ EUROPE

Bahnhofstraße.

Kaufet nur gute Waren

zu billigen Preisen. Chiffone ab 8.00, Manafasse ab 7.00, Bettuch 148 cm ab 10.50, Inlett 1:0 cm ab 8.00, Tafelentwürfe, Damaste, Grad etc. — Bederei und Textilwaren in groß.

Baldovsky Breiller & Co., Prag, Celetna 3.

Bio-Programm vom 22. bis 28. Dezember.

Lido-Bio Kinder des Schicksals.

Drama in einem Vorspiel und 3 Akten. Promiere des Lustspiels SERPENTIER IM HAREN. Nächstes Programm: „Das maskierte Mädchen.“

Arbeiter-Jahrbuch 1923

erschienen seit Mitte Oktober 1922 im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei.

Taschentalender	6 Kronen
Jahrbuch 1923	7 Kronen

Bestellungen sind zu richten an das Sekretariat der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei in Teplitz, Seilerstr. 1.

Arbeiter-Taschentalender